

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat- 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 10.

Sonnabend, den 11. März 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Massen und Führer. — Armenunterstützung und öffentliche Rechte. — Die kommende Bauzeit. — Der Steinmarkt ist belebt. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zustelle. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Pfistersteinsollrummel. IX. (Schlußbetrachtung). — Die Wandlung der christlichen Gewerkschaftstätigkeit. I. — Aus dem Verbandsleben. — Schöner Erfolg. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Baukünstlerische Imitationen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperzt sind: Demitz-Thumitz: Die Firmen Eisold und Döde & Forke. — Baldenstein: Zementfabrik Hemminge. — Dresden: Granitwerk Keil & Komp. — Eschershausen: Blag Rüsthardt. — Holzeln: Hils Dolomit- und Kalkwerk. — Kottenheim (Rheinland): Firma Kornelius Fidel. — Ettringen bei Mayen (Rheinland): Firma Gebr. Ott. — Granitbezirk an der Bergstraße (Odenwald). — Lauf-amholz (Bruchbetrieb): Firma Lachner. — Reinheim: Die Firma Dyckerhoff & Neumann, Bruchbetrieb in Lichtenberg (Odenwald).

Oberdorf. Seit 1. März befinden sich 45 Brecher der Firma Hoffsteinmehlemeister Schilling im Ausstand. Die Firma bewilligte wohl einen Zuschlag von 5 resp. 8 Prozent auf den jetzigen Tarif, sie verweigert aber bei den schlechten Bruchstellen die Weiterzahlung des Stundenlohnes, was gegen früher als eine bedeutende Verschlechterung angesprochen werden muß. Beispielsweise mußten in einer Woche bei einer Kolonne 58 Mark darauf gezahlt werden, um den Stundenlohn zu erreichen.

Mühlhausen in Thür. Der Tarif für Steinmehlen wurde mit einigen Verbesserungen auf weitere 3 Jahre abgeschlossen.

Aue. Die Steinarbeiter stehen seit 1. März im Streik. Die Unternehmer lehnten eine weitere Verhandlung, welche durch Gauleiter Jahn versucht wurde, ab, weil der Vorsitzende der Unternehmer verweist war. Bis jetzt kommen 80 Kollegen in Betracht. Die anderen stehen noch in Kündigung.

Metten. Die Differenzen bei der Firma Gebrüder Steininger sind zu unseren vollen Gunsten erledigt. St. zog es vor, vor der Tagung des Schiedsgerichts die strittige Position nachzubehalten. Auch übernahm St. die bereits erwachsenen Kosten.

Weinsberg und Schw.-Hall. Mit der Firma Burre konnte ein Tarif abgeschlossen werden. Allerdings mußten unsere Kollegen zuerst die Arbeit niederlegen. Der Tarif gilt für 42 Kollegen.

Reichenbach. Der Streik der Granitarbeiter bei der Firma Deutsche Steinindustrie dauert ungeschwächt weiter. Steinmehlen und Schleifer haben Zugang fernzuhalten.

Bederwitz bei Cunewalde. Die Kollegen der Firma H. Bassen haben am 1. Februar den Tarif gekündigt. Die Annahme des neuen Tarifes wurde vom Firmeninhaber verweigert.

Marktzeuthen. Wegen Lohnunterschieden haben am 23. Februar die Kollegen des Granitwerks Biersberg die Arbeit niedergelegt.

Erfurt. Die eingereichten Forderungen auf den gekündigten Tarif, der mit dem 1. März sein Ende erreichte, werden von den Unternehmern C. Walther und C. A. Merkels Nachfg. strikte abgelehnt. Die reisenden Kollegen wollen dieses beachten.

Leipzig. Die Granitarbeiter stehen in Lohnbewegung. Die in Frage kommenden Unternehmer haben sich bisher nicht geäußert. Kollegen, die auf Arbeit am Ort reflektieren, haben sich vorher beim Vertrauensmann zu melden.

Bad Müling. Hier wurde ein neuer Tarif vereinbart. Die Stundenlöhne sind um 4 Pfg. aufgebessert. Für die Akkordarbeiten wird der Tarif von Kiefersfelden zugrunde gelegt.

Döhlenfurt. In beiden Muschelfabrikbetrieben der Firma Krämer sen. legten am 11. Februar die Steinmehlen, Boffierer und Hilfsarbeiter wegen fortgesetzter Umgehung des Tarifs durch den Polier Peter, die Arbeit nieder. Durch Verhandlungen vom 18. Februar ist den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen. Die Arbeit ist wieder aufgenommen.

Jena. Mit der Firma Konradus, Granitwerk, wurde der Tarifvertrag mit einigen Verbesserungen auf 2 Jahre abgeschlossen.

Böbau. Die Tarifverhandlungen der Steinmehlen bei den Granitfirmen Kloss, Kump und Scharf sind günstig verlaufen.

Gesperzt sind: Böhmen: Karlsbad. — Steiermark: Die Firma Schrödl wegen Tarifbruch. — Oesterreichisch-Schlesien: Von der Genossenschaft der Steinindustriellen, welcher die Betriebe in den Orten Friedberg, Klein-Krosse, Rotwasser, Sehdorf und Schwarzwasser angehören, wurde der Lohn tarif gekündigt; es kommen 1293 Arbeiter in Betracht. — Kroatien: In Agram allgemeiner Streik. — Schweiz: Basel, Kunststeinfabrik Urbani.

Massen und Führer.

Es gewinnt den Anschein, als wäre es einigen sozialdemokratischen Heißspornen nicht angenehm, daß in den letzten Jahren die Gewerkschaften eine recht enorme Zunahme und innere Stärkung erfahren haben. Ein Parteitheoretiker, der das Gewerkschaftswesen nur aus der Vogelschau studiert hat, hat nämlich entdeckt, daß von den leitenden Gewerkschaftskreisen die demokratischen Grundsätze, welche für die Massen maßgebend sein sollten, schändlich ignoriert werden. Und wenn den Massen mit rhetorischer Geschicklichkeit und demagogischen Kniffen gesagt wird, wie selbstherrlich die Gewerkschaftsleitungen die Verbandangelegenheiten ordnen, so findet sich sofort die nötige Anhängerenschaft, welche den Gewerkschaftsangehörigen autokratisches Schalten und Walten vorwirft. — Diese Injulationen wurden längere Zeit hindurch stillschweigend hingenommen. Aber das Maß der Gutmütigkeit in der Gewerkschaftspresse scheint erfreulicherweise endlich einmal überzulaufen, und einige Verbandsorgane haben insbesondere die Angriffe des Genossen Dr. phil. Pannekoek (Bremen) mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, wie es die Selbstachtung der Gewerkschaften auch gebietet. Was die betreffenden Organe in dieser Frage ausführten, teilen wir vollständig, und begreifen es weiter, daß ein genauer Kenner des deutschen Gewerkschaftswesens, Genosse von Elm (Hamburg), über das Thema: Massen und Führer, im „Korrespondenzblatt“ zwei äußerst interessante Artikel schrieb. Die Materie ist so wichtig, daß wir den zweiten Elmschen Artikel beinahe vollständig zum Abdruck bringen. v. Elm schreibt:

Es ist geradezu schandbar, daß es in der Partei noch Leute gibt, die, wenn die Gewerkschaftsführer mit Mitgliedern in Konflikt geraten, die der Gewerkschaft erst verhältnismäßig kurze Zeit angehören und ihr vielleicht wieder den Rücken kehren, wenn die Lohnbewegung vorüber ist, dann von „erfreulichen Symptomen“, von dem „echten revolutionären proletarischen Empfinden der Massen“ und von der „Berständnislosigkeit der „revisionistischen“ Gewerkschaftsführer“ fasziniert sind. Zum Teufel auch — der von solchen Elementen geplante Beutezug auf das von den altbewährten Mitgliedern der Gewerkschaft angesammelte Vermögen ist alles andere — nur nicht revolutionär. Reaktionäre sind, denn sie würden, wenn man sie gewähren ließe, in kurzer Frist niederreißen, was andre in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit aufgebaut haben.

Revolutionär ist, wer den Aufbau der Organisationen der Arbeiter fördert, denn ohne sie ist eine Revolutionierung der Verhältnisse unmöglich. Vor der Fälligkeit, mit unorganisierten Massen Revolutionen machen zu wollen, können die deutschen Arbeiter nicht eindringlich genug gewarnt werden; mit dem Revolver in der Hand bleibende Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet schaffen zu wollen, ist die Torheit phantastischer, unreifer Köpfe, die von den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung keine blasse Ahnung haben. Wenn die russische Revolution etwas bewiesen hat, dann die aus den Ereignissen in Rußland unüberwindlich festgestellte Tatsache, daß der wirtschaftliche Aufstieg des Proletariats nicht plötzlich durch eine politische Revolution bewirkt werden kann. Die wirtschaftlichen Ertragschaften, Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, haben im günstigsten Falle einige Monate gedauert, dann wars damit wieder vorbei und die Gewerkschaften lagen zerstückelt am Boden. Die Ausschaltung der Ereignisse in Rußland durch die Organe der Scharfmacher in Deutschland hat bewiesen, daß diese geradezu danach lechzen, einen Vorwand zu finden, die deutsche Arbeiterbewegung im Blut erstickend, durch Ausnahmegeetze ihre Entwicklung auf Jahrzehnte hemmen zu können.

Zwischen wir uns darüber nicht, diesen schändlichen Plan werden sie auf dem einen oder andern Wege zu erreichen suchen. Gelingt es nicht, den deutschen Reichstag zu diesem Attentat auf die Arbeiterorganisationen zu bewegen, so werden sie wiederum ihre Zuflucht zu ihrer Aussperrestattik nehmen. Die deutsche Arbeiterbewegung wird in Zukunft mit gewaltigen Massenaussperrestungen zu rechnen haben. Da heißt es, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß wir gerüstet dastehen.

Kein Zentralverband, und möge er finanziell noch so gekräftigt sein, wird bei einer großen Massenaussperrestung seiner Mitglieder aus eigener Kraft den Gegner zu überwinden imstande sein. Die notwendige solidarische Beihilfe der übrigen Verbände muß organisiert werden.

Es kann nicht schon jetzt darüber geredet werden, was in solchen Momenten zu geschehen hat. Die Maßnahmen müssen der Situation entsprechend getroffen werden. Auf den Ertrag von freiwilligen Sammlungen allein die Aktionen aufzubauen, wäre äußerst gewagt. Für die Bildung eines allgemeinen Abwehrfonds war bisher wenig Stimmung bei den großen Gewerkschaften vorhanden; einen Plan darüber zu entwickeln, scheint mir unter den obwaltenden Umständen Zeitvergeudung zu sein. Darüber dürfte jedoch allgemeines Einverständnis obwalten, daß die Gesamtheit der Gewerkschaften nicht kühl beiseite stehen darf, wenn einer Organisation durch einen ihr von den Kapitalisten aufgezwungenen Kampf Gefahr droht. Die in solchen Momenten die notwendige Beihilfe zweckentsprechend organisiert werden kann, welche Opfer von dem am Kampfe nicht direkt beteiligten Gewerkschaften gebracht werden können, und gebracht werden

müssen, kann nur in einer Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beraten und beschlossen werden.

Beansprucht ein Zentralverband, daß die übrigen Verbände für ihn finanzielle Opfer bringen, muß diesen auch ein gewisses Mitbestimmungsrecht auf die während des Kampfes zu treffenden Maßnahmen eingeräumt werden.

Durch Dekrete von oben herab solche Maßnahmen erzwingen zu wollen, würde unmöglich sein. Die Massen der kämpfenden müssen davon überzeugt werden, daß die einzuleitenden Schritte in ihrem Interesse, im Interesse ihres Verbands und im Interesse der ganzen Gewerkschaftsbewegung liegen. Sonst wird Disziplinlosigkeit, Anarchie und die daraus naturgemäß resultierende Niederlage die unausbleibliche Folge sein. Nur durch einen zweckentsprechenden Ausbau des Repräsentationssystems wird es möglich sein, die Kampfstatistik bei großen Kämpfen im Einverständnis mit den Vertretern der gesamten Gewerkschaften bestimmen und auch durchführen zu können. In solchen Situationen muß rasch gehandelt werden; ordnungsgemäß nach dem Statut Delegierte zu einer zusammenzubrufenden Generalversammlung wählen zu lassen, ist dann unmöglich — die Vertreterversammlung muß für solche Zwecke schon vorhanden sein. Es ist erklärlich, daß auch große Verbände gegen eine ständige Körperschaft von Vertretern, die alljährlich zu wählen wären und jährlich zur Erledigung der Verwaltungsgehalte zusammenzutreten, der hohen Kosten wegen Bedenken haben werden. Obgleich ich der Meinung bin, daß die Kosten geringer sein werden als die, welche bei Beibehaltung des jetzigen Systems infolge von inneren Konflikten in den Organisationen entstehen können, möchte ich als absolut notwendig doch allen Gewerkschaften dringend anraten, in ihren nächsten Generalversammlungen den Beschluß herbeizuführen, daß die Generalversammlung bis zum Zusammentritt der nächsten Generalversammlung in Permanenz erklärt wird, d. h. die Delegierten sofort wieder zusammenberufen werden können, sobald der Vorstand dies für erforderlich erachtet. Wird dann den Leitungen der einzelnen Wahlbezirke die Verpflichtung auferlegt, sobald umständehalber ein Delegierter ausscheidet oder ausbleibt, sofort eine Ersatzwahl vorzunehmen zu lassen, so ist die Möglichkeit geschaffen, innerhalb weniger Tage die gewählten Vertreter der Mitglieder zusammenberufen zu können.

Auch für diejenigen Gewerkschaften, denen voransichtlich keine großen Kämpfe bevorstehen, dürfte es sich doch empfehlen, in gleicher Weise zu verfahren; die Möglichkeit, bei den kommenden Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen zu werden, ist auch für sie vorhanden. Ebenso kann die Hilfeleistung für andre Organisationen bei großen Aussperrestungen den sofortigen Zusammentritt der Generalversammlung notwendig machen. Wir müssen auf alle Eventualitäten gerüstet sein, um, wenn es gilt, den Scharfmachern die geschlossene Phalanx der organisierten Arbeiter entgegenstellen zu können.

Kosten würden den Gewerkschaften aus dem Beschluß, ihre Generalversammlungen in Permanenz zu erklären, doch nur dann erwachsen, wenn die dringende Notwendigkeit vorliegt, sie zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen.

Den großen Gewerkschaften möchte ich aber nochmals den dringenden Rat geben, statutarisch das ständige Vertretersystem einzuführen und nicht nur in außerordentlichen Fällen, sondern jährlich mindestens einmal die Vertreter zusammenzubringen. Für die großen Verbände erwächst immer mehr die Pflicht, den Ausbau der wirtschaftlichen Demokratie ernstlich in die Hand zu nehmen. Gärungstoff sammelt sich in den großen Zentralverbänden auch im Laufe eines Jahres genug an und da dürfte es immer beruhigend auf die Gemüter wirken, über innere Streitfragen möglichst bald einen Entschluß der durch die Mitglieder alljährlich gewählten höchsten Instanz herbeizuführen. Dem demagogischen Treiben einzelner anarcho-syndikalistischer Elemente kann nicht besser entgegen gewirkt werden als durch ein Votum der Vertreter der gesamten Organisation. Wenn ich auch nicht annehme, daß es gelingen wird, aus solchen Demagogen vernünftige Menschen zu machen, so dürfte doch ihrer systematischen Hege gegen die Gewerkschaftsführer durch die Beschlüsse der berufenen Organisationsvertreter bald der Nährboden entzogen werden. Principis obsta — widerstehe im Anfang — muß auch hier der Wahlspruch der verantwortlichen Organisationsleiter heißen — sonst dürften sie einmal leider zu spät erkennen, daß die Taktik des Geheulassens sich an dem Zentralverband bitter rächen wird. Leuten, die fortgesetzt von wahrer Demokratie schwärzen, dabei jedoch unausgesetzt bewußt dagegen handeln, kann nur das Handwerk gelegt werden, wenn die Gewerkschaften immer mehr im demokratischen Geiste ausgebaut werden.

Auch darf doch nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß mit der wachsenden Mitgliederzahl, mit der Einbeziehung immer weiterer Berufsgruppen in die großen Zentralverbände die Aufgabe für die Zentralvorstände eine immer schwieriger wird, bei Tarifverhandlungen für größere Distrikte den richtigen Ausgleich für die durchaus nicht immer übereinstimmenden Interessen der verschiedenen Gruppen zu schaffen. Es darf wohl mit Recht vorausgesetzt werden, daß schließlich ein derart zusammengesetztes Verfassparlament aus sachkundigen, objektiv abwägenden Delegierten bestehen wird, die sich ihrer vollen Verantwortlichkeit bei den zu fassenden Beschlüssen bewußt sind. Bei Tarifverhandlungen sind die Vorbereitungen wichtiger als die abschließenden Abstimmungen der Vertreter.

Die Verhandlungen selbst mit den Vertretern der Gegenpartei können naturgemäß immer nur durch eine kleine Anzahl von Personen geführt werden. Die Verhandlungskommission aber mit dem nötigen Material auszurüsten, damit ihre Mitglieder über alle einschlägigen Verhältnisse unterrichtet sind, das muß durch die Beratungen in der Vertreterversammlung geschehen.

Über meinen Vorschlag ist von einem in Tarifverhandlungen äußerst erfahrenen Organisationsleiter gesagt worden, es sei schon besser, es bei dem jetzigen Modus zu belassen. Dasselbe Recht, welches die Arbeiter für sich beanspruchten, müßten sie auch den Unternehmern zugestehen. Wenn dann einmal von Seiten der Vertreter der Arbeiter, dann wieder von Seiten der Vertreter der Arbeitgeber fortgesetzt neue Wünsche der Verhandlungskommission unterbreitet würden, würde das Zustandekommen eines Tarifs wohl ausgeschlossen sein. Dieser Meinung bin allerdings auch ich; nachdem die Vorbereitungen getroffen sind, die Verhandlungskommissionen sich dann über einen beiden Teilen vorzuliegenden Tarif verständigt haben, kann es für die

Vertreter der Unternehmer wie der Arbeiter nur noch ein unterwerfen — oder geben, entweder den ganzen Tarif annehmen oder ablehnen. Wenn jeder Teil für sich das Recht beanspruchen würde, immer neue Anträge zum Tarif zu stellen, würde dieser fortgesetzt wie ein Spielball zwischen den Parteien hin- und hergeworfen werden und ein Tarifabschluss in den meisten Fällen nicht zustande kommen. Durch eine solche Verschleppung würden voraussichtlich die Arbeiter am meisten geschädigt werden — bei der in Handel und Industrie obwaltenden Tendenz, die Preise für die Bedarfsartikel fortgesetzt zu steigern, wird es bei dem Abschluß von Tarifen in Zukunft meistens um Lohnverbesserungen handeln und da müßte es für die Unternehmer schließlich ein Vergnügen sein, sich durch die Verzögerung der Tarifverhandlungen vor Mehrbewilligungen so lange als irgend angänglich zu schütten. Wenn der Ausbau der wirtschaftlichen Demokratie solche Resultate zeitigte, würden die Arbeiter sich zweifellos dafür bedanken. Deshalb muß selbstverständlich von vornherein Klarheit darüber herrschen, daß, nachdem die Verhandlungen beendet sind, nur noch die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Tarifs übrigbleibt.

Nur in Ausnahmefällen dürfte über das entscheidende Votum völlige Uebereinstimmung bei den Vertretern herrschen; wohl aber darf vorausgesetzt werden, daß, wenn die Entscheidung einmal gefallen ist, die Minderheit im Interesse eines einigen und geschlossenen Handelns sich dem Beschluß der Mehrheit fügen wird. Arbeiter, die Verantwortlichkeitsgefühl haben, dürften nicht nur dies tun, sondern auch im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin den Mehrheitsbeschluß mit aller Energie den Mitgliedern gegenüber vertreten. Auch in den Zentralvorständen herrscht bei Entscheidungen über wichtige Fragen nicht immer Einstimmigkeit; um die praktische Durchführung der Beschlüsse würde es aber sehr schlecht bestellt sein, wenn einzelne Mitglieder der Zentralvorstände ihren eignen Standpunkt entgegen der Meinung ihrer Kollegen in Mitgliederkreisen vertreten wollten.

Ueberrimmt nach Einführung der Vertreterversammlung diese an Stelle des Zentralvorstands die Verantwortung, kann es bei wichtigen Dingen, vor allem dann, wenn es sich um den Abschluß von Tarifen oder um die einschlagende Kampfstaktik der Organisation handelt, auch nicht anders sein. Wer in den Gewerkschaften die Aufrechterhaltung der Disziplin will, darf nicht mit schlechtem Beispiel vorgehen. Daß aber die Durchführung eines Beschlusses weit leichter möglich ist, wenn, nehmen wir einmal an, 100 Vertreter dafür in Mitgliederkreisen wirken, als wenn die geringe Zahl der Mitglieder eines Zentralvorstands ihn verfochten sollen, dürfte wohl von keiner Seite angezweifelt werden.

Weiter kommt in Betracht, daß, wenn ein Zentralvorstand bezüglich eines Kampfes eine Entscheidung getroffen hat, er häufig im Interesse der Organisation gar nicht imstande ist, alle Gründe dafür öffentlich bekanntzugeben zu können. Die Mitglieder kennen die Hauptgründe des Zentralvorstands für seine Entscheidungen nicht, eine Opposition auch seitens der treuesten Mitglieder des Verbands ist in solchen Fällen oft nur zu erklärlich. Die Verhandlungen einer Vertreterkörperschaft inmitten eines Kampfes müßten selbstverständlich geheime sein, auch würden die Vertreter später öffentlich nicht über alle Umstände berichten können, die zur Entscheidung geführt haben. Wenn aber in allen Distrikten die Vertreter den Mitgliedern erklären: was beschlossen wurde, ist das Resultat reiflicher Erwägungen; im Interesse des Verbands muß der Beschluß ausgeführt werden, so wird bestimmt die Wirkung auf die Mitglieder eine größere sein, als wenn lediglich der Zentralvorstand und die bedol deten Gewerkschaften für die Durchführung des Beschlusses zu wirken haben.

Eine Armee, die im Kampfe steht, darf ihre Kampfstaktik nicht dem Feinde bekannt geben, damit er nach derselben seine Gegenmaßnahmen treffen kann. Die Veränderung der Kampfstaktik, je nach den veränderten Umständen, ist heute ungemein schwierig. Ist eine größere Körperschaft vorhanden, der die Mitglieder Vertrauen entgegenbringen, dann dürfte auch die Zeit gekommen sein, einmal darüber ernstlich zu beraten, ob gegenüber dem brutalen Vorgehen der Schwarzmaier nicht eine veränderte Kampfstaktik am Platze ist. Dazu ist allerdings Voraussetzung, daß die Massen bereit sind, die gefassten Beschlüsse auch ohne daß sie die Beweggründe immer im einzelnen kennen, unweigerlich auszuführen. Es wird keine leichte Aufgabe sein, die Mitglieder zu einer solchen Kampfdisziplin zu erziehen; ferner steht aber fest, daß wir bei den jetzigen Verfassungen der Gewerkschaften niemals dazu kommen werden. Eine Vertreterkörperschaft kann, wenn in Friedenszeiten die Mitglieder genügend vorbereitet werden, uns die Möglichkeit schaffen, im Kriege einmal wirklich eine Kampfstaktik üben zu können, durch welche der Feind aufs empfindlichste geschädigt werden wird.

Die ständige Mitwirkung eines größeren Teils der Mitglieder auch an den Verwaltungsgeschäften dürfte nicht nur für diese, sondern durch ihre Vertretung in Mitgliederkreisen, auch im allgemeinen einen erzieherischen Wert haben. Die Beförderung, daß auch ein solches Gewerkschaftsparlament schließlich einen bürokratischen Charakter annehmen wird, ist unbegründet. Die Mitglieder werden durch die jährlichen Neuwahlen schon dafür sorgen, daß der Bürokratismus sich nicht in dieser Körperschaft festsetzt. Im übrigen läßt auch der Kampf mit den Unternehmern mit seinen fortgesetzt wechselnden Situationen eine bürokratische Regelung der Verbandsangelegenheiten nach Schema & gar nicht zu. Vorauß ist in den großen nach Hunderttausenden von Mitgliedern zählenden Zentralverbänden ankommt, ist die Zahl derjenigen Mitglieder zu mehrere, die volles Verständnis für die Verbandsangelegenheiten und für eine richtige Kampfstaktik haben. Die Leitung eines großen Industrieverbands stellt an den Zentralvorstand so hohe Anforderungen, belastet denselben mit einer so enormen Verantwortung, daß es immer dringender nötig wird, darauf hinzuwirken, daß die zu treffenden Maßnahmen von vornherein der tatkräftigen Unterstützung aller denkenden Mitglieder gewiß sind.

Der Ausbau der Demokratie in den Gewerkschaften kann nicht nach doktrinarischen Regeln erfolgen. Für die Gewerkschaften kommen ganz andre Verhältnisse in Betracht als für politische Parteien. Die Gewerkschaften sind Kampfsorganisationen, die den Forderungen des Kampfes entsprechen müssen. Die Einführung von Urabstimmungen über Streiks und Aussperrungen würde zurzeit ihre Kampfspositionen schwächen, weil für dieselbe Voraussetzung sein müßte, daß die in Frage kommenden Verhältnisse vor aller Welt öffentlich klargelegt würden. Es kann für die Gewerkschaften deshalb momentan nur der Ausbau des Repräsentativsystems in Frage kommen, bei welchem am besten die notwendige Rücksicht genommen werden kann auf die oft sehr divergierenden Interessen der einzelnen Orte und Gruppen.

Demokratische Disziplin ist die erste Grundbedingung des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft. Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter können, solange sie mitten im Kampfe stehen, selbstverständlich heute nicht alle Idealforderungen der Demokratie verwirklichen, wohl aber haben sie die Aufgabe, die Arbeiter zur Demokratie zu erziehen und werden deshalb das Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Zweigvereine nur insoweit anerkennen können, als es nicht den Interessen der Gesamtheit widerspricht. Wenn ein großer Teil von Arbeitern die Demokratie heute noch darin sieht, daß im Rahmen eines großen Zentralverbands jeder Ort für sich bestimmend sein soll, so sollten doch Theoretiker, die auf politischem Gebiete die Disziplin so stark als möglich verlangen, wenn es sich um die Gewerkschaften handelt, nicht der Anarchie das Wort reden.

Eine Demokratie ohne Demokraten ist ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb ist es weit wichtiger, in der Jetztzeit den Aufbau der Demokratie in den großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu fördern, als darüber zu philosophieren, ob auf

politischem Gebiete die direkte Gesetzgebung durch das Volk dem jetzigen Repräsentativsystem vorzuziehen ist. Wir werden in den Einzelparteien noch unendlich viel Mühe und Arbeit haben, das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht durchzuführen und im Reiche daselbe von den ihm anhaftenden Schladen (ungerechte Wahlkreiseinteilung, Reichslosigkeit der Frauen usw.) zu befreien. Für die politischen Kämpfe wird es aber nicht ohne Bedeutung sein, wie die Arbeiter in ihren großen wirtschaftlichen Organisationen das Repräsentativsystem auszubauen imstande sind. Mehr als Worte wirkt die Tat! Eine Repräsentativkörperschaft, über welche die Mitglieder eine stete Kontrolle haben und die sie durch jährliche Neuwahlen immer neu gestalten können, wird schließlich auch nicht ohne Einwirkung auf die Gestaltung der politischen Rechte des Volkes sein. Die wirtschaftliche Demokratie wird einmal als Grundlage für den Ausbau der politischen Demokratie dienen. Das Repräsentativsystem schließt die direkte Gesetzgebung durch das Volk nicht aus, diese wird vielmehr als notwendige Ergänzung aus dem ersteren sich entwickeln. Auch die Gewerkschaften werden mit der Zeit immer mehr zur direkten Gesetzgebung übergehen können, vor allem dann, wenn ihre Macht so gefestigt sein wird, daß durch eine öffentliche Klarstellung aller für die wirtschaftlichen Kämpfe in Betracht kommender Verhältnisse eine Schädigung der Interessen der Arbeiter nicht mehr zu befürchten ist. Den Gewerkschaften diese Machtstellung zu schaffen, würde eine Vertreterkörperschaft durch die Erziehung der Mitglieder zur demokratischen Disziplin und zur größeren Opferfreudigkeit für die gerechte Sache der Arbeit das geeignetste Mittel sein.

Armenunterstützung und öffentliche Rechte.

Im Jahre 1909 ist im Reichstage das Reichsgesetz betr. die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte zur Annahme gelangt. Der einzige Paragraph dieses Gesetzes lautet:

„Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen: 1. Die Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf, 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, 5. Unterstützungen, die erstattet sind.“

Mit Rücksicht auf die in diesem Jahre bevorstehende Reichstagswahl dürfte es angebracht sein, auf dieses Gesetz etwas näher einzugehen. Ueber die Handhabung desselben bestehen immer noch große Unklarheiten. In eine plötzliche Notlage kann unter den heutigen Verhältnissen sehr leicht jemand geraten. Das erwähnte Gesetz greift auch in die sozialpolitische Gesetzgebung (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) mit ein. Scheidet z. B. ein Arbeiter infolge Arbeitslosigkeit aus der Krankenkasse aus, so behält er, wenn er vor dem Ausscheiden mindestens drei Wochen hintereinander Mitglied einer oder mehrerer Kassen war und dann innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden erkrankt, noch Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen. Wer sich im Falle der Arbeitslosigkeit nun nicht als freiwilliges Mitglied gemeldet hat — was innerhalb einer Woche nach dem Ausscheiden aus der Arbeit geschehen muß —, kann, wenn er nach Ablauf von drei Wochen, z. B. während der fünften oder sechsten Woche der Arbeitslosigkeit, erkrankt, sehr leicht in Not geraten und schließlich zur Inanspruchnahme der Armenunterstützung gezwungen sein. Nach dem § 28 des Gesetzes über den Unterstühtungswohnort muß jeder hilfsbedürftige Deutsche von demjenigen Ortsarmenverband unterstützt werden, in dessen Bezirk er sich bei dem Eintritte der Hilfsbedürftigkeit befindet. Die einem solchen Hilfsbedürftigen oder seinen Angehörigen gewährte Krankenunterstützung, mag dieselbe nun in barem Geld, ärztlicher Behandlung, Unterbringung im Krankenhaus usw. bestehen, gilt dann nicht als Armenunterstützung. Das Gleiche ist der Fall, wenn eine Krankenkasse sich zunächst weigert, die Kassenleistungen zu übernehmen, sei es, daß die Anmeldung seitens des Unternehmers veräußert oder der Unterstühtungsfall sonst bestritten wird und das Mitglied dadurch gezwungen ist, öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Wie häufig sind die Streitfälle, wo die Krankenkassen den Unfallverletzten gegenüber mit Ablauf der dreizehnten Woche die Unterstützung einstellen. Ehe die Berufsgenossenschaft dann die Rente oder Vorschüsse anweisen, darüber vergehen regelmäßig mehrere Wochen. Wird hier nun inzwischen Armenunterstützung beansprucht, so können dieserhalb die politischen Rechte nicht mehr entzogen werden. Dies geschah früher recht häufig, denn sogar die einmalige Unterstützung eines Unfallverletzten galt als Armenunterstützung, selbst wenn diese Unterstützung bei Gewährung der Rente wieder erstattet worden war. Da dies heute nicht mehr zulässig ist, so braucht im Falle der Erkrankung resp. Unfalles niemand sich zu scheuen, die Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen. Ausdrücklich soll im Anschluß hieran aber bemerkt werden, daß das neue Gesetz nur für das Reich gilt. Ein Antrag, den Eingang des Gesetzes dahin zu fassen: „Soweit in Reichs- und Landesgesetzen sowie Gemein- den der Verlust der öffentlichen Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird usw.“, wurde abgelehnt. Nur durch eine angenommene Resolution wurde der Reichskanzler ersucht, dahin zu wirken, daß ähnliche gesetzliche Bestimmungen auch in den einzelnen Bundesstaaten zur Einführung gelangten. Für das Reich kommen nun in Betracht: Die Wahlen zum Reichstage sowie zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, ebenso das Recht zur Bekleidung des Schöffens- und Geschworenenamtes. Bei den bereits genannten und im nachfolgenden noch aufzuführenden Unterstützungsfällen findet weder ein Ausschluß vom Wahlrechte zu den vorgenannten Körperschaften noch von der Uebnahme der erwähnten Ämter (Schöffen oder Geschworene) statt.

Als weitere Unterstützungen kommen noch in Betracht, die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege. In wie vielen Arbeiterfamilien tritt der Fall ein, daß entweder die Ehefrau oder Kinder in Anstalten, eventuell dauernd, untergebracht werden. Die Unterbringung in Irren- oder sonstigen Pflegeanstalten, Krüppelheimen usw., fällt mit unter diese Bestimmungen. Selbst wenn in solchen Fällen die Gemeinden die Kosten der Anstaltspflege dauernd entweder teilweise oder gänzlich übernehmen müssen, ist dies für den Mann nicht mit dem Verlust der politischen Rechte verknüpft.

Daselbe ist der Fall, wenn Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf geleistet werden. Das Wort „Jugendfürsorge“ ist bei der Kommissionsberatung erst eingefügt worden. Hierunter fallen nun z. B. Aufwendungen für die Säuglingspflege sowie für Kinder, deren Vater in ungenügender Weise für dieselben sorgt. Aufwendungen können nach dieser Richtung u. a. gemacht werden für Lehr- und Lernmittel, Befreiung von Schulgeld usw. Auch die Speisung der Kinder unbemittelter Eltern — namentlich im Winter — in den Schulen kommt als Armenunterstützung nicht in Betracht.

Der Begriff sonstige Unterstützungen, die nur in Form „vereinzelter“ Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, kann verschiedentlich aufgefaßt werden. Da man das Wort „einmalige“ weglassen, dürfte mit „vereinzelter“ schon „mehrere“ Zuwendungen zu verstehen sein. Hier sind zunächst Geldunterstützungen zu erwähnen. Sowohl Personen, die auf Unfallrente wie auch auf Invaliden- oder Altersrente An-

spruch haben, können in augenblicklicher Notlage verfaßt und vor Anweisung der Rente die Armenbehörden um vereinzelt resp. mehrere Zuwendungen angehen müssen. Dasselbe kann im Falle der Arbeitslosigkeit bei der Mietzahlung eintreten. Die Gewährung von Obdach, Feuerung, Kleidungsstücken fällt ebenfalls unter den Begriff „vereinzelt“ Leistungen. Dasselbe ist der Fall, wenn die Armenbehörde die Beerdigungskosten von Familienangehörigen oder die Entbindungskosten der Frau übernimmt.

Was nun die Unterstützungen, die erstattet sind, anbelangt, so gilt diese Bestimmung für alle Unterstützungsfälle, die als Armenunterstützung die Entziehung der öffentlichen Rechte zur Folge hatten. Wer die erhaltene Unterstützung zurückgezahlt hatte, konnte bis jetzt schon an den Wahlen zum Gewerbe- und Kaufmannsgerichte teilnehmen. Anders jedoch verhielt es sich bei den Reichstagswahlen. Wer da im letzten Jahre Armenunterstützung empfangen, konnte nicht mitwählen. Dies war dann noch der Fall, wenn die Unterstützung inzwischen erstattet war. Es sind Fälle bekannt, wo eine einmalige Unterstützung eines Unfallverletzten, die Uebnahme von Krankenhausekosten (Erkrankung Angehöriger) den Verlust des Wahlrechts zur Folge hatten, selbst wenn diese Leistungen kurze Zeit darauf erstattet worden waren. Diese Leistungen gelten nun — immer soweit die Reichsgesetze in Betracht kommen — in Zukunft überhaupt nicht mehr als Armenunterstützung. Erfreulich ist nun, daß auch alle übrigen Unterstützungen, die nach dem neuen Gesetze noch als „Armenunterstützungen“ angesehen werden sofern sie vor der Wahl erstattet sind, nicht mehr die Entziehung der öffentlichen Rechte zur Folge haben. Zu wünschen bleibt nur noch, daß die einzelnen Bundesstaaten demnächst ähnliche gesetzliche Bestimmungen einführen.

Im Anschluß hieran mag kurz die Frage erörtert werden, in welcher Weise man den Unterstühtungswohnort zu ermitteln hat. Derselbe wird erworben: 1. durch Aufenthalt, 2. durch Verehelichung, 3. durch Abstammung. Wer nach zurückgelegtem 16. Lebensjahre ein Jahr lang ununterbrochen innerhalb eines Ortsarmenverbandes seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat, erwirbt dadurch in demselben den Unterstühtungswohnort. (Dies zum 1. April 1909 war das 18. Lebensjahr und zweiwähriger Aufenthalt erforderlich.) Nach dem Gesetz über die Freizügigkeit hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb des Reichs an jedem Orte sich aufzuhalten oder niederzulassen, wo er eine eigene Wohnung oder Unterkommen sich zu verschaffen imstande ist. Nur derjenige, der nicht mehr in der Lage ist, sich und seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den nothdürftigsten Lebensunterhalt zu verschaffen, kann von der Gemeinde, in welcher er anzieht, zuzulassen werden. Natürlich muß er in vorliegenden Fällen auch vermögenslos und ohne Verwandte sein, die für ihn aufkommen müssen. Will z. B. jemand seinen alten Vater oder Mutter zu sich nehmen, so achtet man im Falle des Zuzugs von auswärts darauf, daß die alten Leute nicht etwa im ersten Jahre nach dem Zuzug öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Selbst wenn dieselbe im ersten Jahre angeboten werden sollte, so erweist man sie zurück. Erst wenn man den Unterstühtungswohnort erworben hat, ist man im Falle der Gewährung von Armenunterstützung vor der Ausweisung bewahrt.

Die kommende Bausaison.

A. C. hört man auf die Stimmen der Interessenten im Baugewerbe, so findet sich fast durchweg eine ziemlich Zuversicht; überall erwartet man im allgemeinen ein gutes Baujahr. Und es läßt sich nicht verkennen, daß viele Tatsachen und Erscheinungen die herrschende Zuversicht stützen. In den letzten Jahren bewegte sich die Bautätigkeit durchweg in mäßigen Grenzen; ganz besonders war dies auch noch im letzten Jahre der Fall. Die wachsende Bevölkerung in den Städten hat das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt so beeinflusst, daß eine Steigerung des Angebots im allgemeinen sehr erwünscht sein muß. Aber auch die Verhältnisse am Gesamtmarkt unterstützen eine Belebung der Unternehmungslust. Zwar liegen in dieser Beziehung die Bedingungen in den verschiedenen Gegenden keineswegs gleichartig, aber doch überwiegt an den größeren Plätzen eine größere Willigkeit des Kapitalmarktes den Ansprüchen des Baugewerbes gegenüber. Auch die befriedigende Sicherstellung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern wirkt nicht wenig zur Belebung der Unternehmungslust mit. Sogar die Bautätigkeit für öffentliche Zwecke als auch die private Unternehmungslust versprechen fast überall lebhafter zu werden als in den letzten Jahren; es wird auf eine gute Bausaison gehofft. In der einen Richtung sind die Hoffnungen größer, in der andern sind sie geringer, aber mit einer Belebung rechnet man überall. Daß die Aussichten in den Orten, in denen die Winter hindurch rege gebaut wurde, auch optimistisch beurteilt werden, könnte wundernehmen, da doch hier ein Teil der Arbeitslosigkeit gewissermaßen vorweggenommen wurde, aber nichtsdestoweniger ist dies der Fall. In Königshagen, P., Allenstein, Insterburg, Graudenz, Thorn, Tilsit, Gumbinnen und anderen Städten der Ostprovinz werden die Aussichten auf die Frühjahrbelebungen als gut bezeichnet; von Thorn abgesehen, wiesen die meisten Orte bisher noch eine geringe Bautätigkeit auf. In den größeren Orten der Provinz Schlesien lassen sich die Aussichten auf die Entwicklung der Baukunst im kommenden Frühjahr ebenfalls befriedigend an, da auch die Landwirtschaft größere Vorbereitungen für Neu- und Umbauten als in den Vorjahren trifft. Verschiedentlich sind sogar, was auch für andre Bundesteile zutrifft, Bauten in Aussicht, die durch mehrere Jahre hindurch Beschäftigung bieten. In Weußen, Pommern, Plogau und Breslau werden die Aussichten für die Baukonjunktur 1911 als günstig angesehen, nur in Ratibor lassen sie zu wünschen übrig. Nicht so freundlich wie im Osten Deutschlands sind die Aussichten in Schleswig-Holstein, Hamburg, Hannover und Brandenburg. In den meisten schleswig-holsteinischen Orten werden keine großen Hoffnungen auf die diesjährige Bausaison gesetzt, vornehmlich in Kiel und Eckenorf lassen die Aussichten zu wünschen übrig. Befriedigend ist der Ausblick auf die kommende Bausaison in Hamburg, weiter in Lüneburg und Stade. Ueber die Entwicklung der Bautätigkeit in der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung gehen die Ansichten noch auseinander; immerhin scheint sich die ganz befriedigende Baukunst vom Vorjahre zum mindesten erhalten zu wollen. Einheitslicher ist die freundliche Beurteilung der Aussichten in Mitteldeutschland; im Königreich Sachsen gibt es nur ganz wenige Orte, in denen der Ausblick noch zu wünschen übrig läßt; in Dresden sind die Hoffnungen angesichts der Wohnungsnot, die sich allmählich dort herausgebildet hat, sehr hochgespannt. Sowohl die kommunale als auch die private Bautätigkeit verspricht wieder reger zu werden. Auch in Chemnitz stehen zahlreiche öffentliche Bauten in Aussicht, und die private Baukunst läßt sich ebenfalls befriedigender als im Vorjahre an. In Leipzig, Zittau, Mittweida gestalten sich die Aussichten ganz gut. Von Thüringen erwarten die Aussichten auf die Baukonjunktur im weitaus größten Teil erwartungsvoll entgegen. Mit am leichtesten ist aber wohl der Ausblick auf die Baukonjunktur im weitaus größten Industriebezirk. Gerade dieser hat ja mehrere Jahre schwerer Depression hinter sich, die erst durch die gewerbliche Krise, sodann durch heftige Arbeitskämpfe dem Baugewerbe empfindlichen Schaden zufügten. Nun scheint aber die Erholung um so durchgreifender vor sich gehen zu wollen; sowohl im Rheinland als auch in Westfalen werden die Aussichten fast befriedigend oder sogar als günstig bezeichnet. In Dortmund werden auf die diesjährige Frühjahrbelebungen große Hoffnungen gesetzt; wenn die Bitterung so günstig bleibt, dürfte die schon jetzt rege Tätigkeit kaum merklich unterbrochen werden. Eine stattliche Anzahl neuer öffent-

Lüder Gebäude ist für die diesjährige Bauzeit in Aussicht genommen. Sehr aussichtsreich ist die Lage auch in Krefeld und Aachen, wo man besonders der privaten Bauleistungen eine durchgreifende Belebung des Beschäftigungsgrades erhofft. In Düsseldorf, Münster, Hamm, Düsseldorf, M. Gladbach liegen auch bereits zahlreiche große Projekte vor, die in diesem Jahre zur Ausführung kommen sollen. Weniger erfreulich ist der Ausblick für die Städte Pörsch-Nassau; nur für Frankfurt a. M. gestaltet er sich etwas hoffnungsvoller. War im Königreich Bayern die Depressionsperiode im Baugewerbe besonders scharf aufgetreten, so scheint sich jetzt ein um so kräftigerer Erholungszug vorzubereiten. In München wird nach der intensiven Winterpause eine erhebliche Belebung erwartet, in Augsburg, Nürnberg, Würzburg, Bamberg, Regensburg ist man ebenfalls für eine lebhafte Bauzeit auf 1910. Von wirtschaftlicher Seite seien vornehmlich Stuttgart, Donaueschingen und Ulm mit einer Besserung der Aussichten für die kommende Bauzeit genannt.

Der Steinmarkt ist belebt.

Die Steinausschreibungen häufen sich in letzter Zeit in erfreulicher Weise. Es darf als sicher angenommen werden, daß unsere Kollegen in den nächsten Monaten vollkommene Beschäftigung haben werden. Aus den Steinausschreibungen heben wir hervor:

Riederbarnim. 8700 Quadratmeter Kleinpflastersteine und 2200 Meter Strecksteine.

Heilbronn. Steinhauerarbeiten für das Forstamtsgelände in Wiernshausen.

Würzburg. Erd-, Maurer- und Steinhauerarbeiten in der Unterhaltung städtischer und stiftlicher Gebäude auf zwei Jahre.

Hannover. 1. Lieferung von etwa 4060 Quadratmeter Kalkbruchsteinen, 260 Kubikmeter Basaltkiesenschlag und 65 Kubikmeter Basaltspalt. 2. Lieferung von etwa 1730 Kubikmeter Pflasterfliesen sowie die Anfuhr von Saumquadern und Schladesteinen und 3. das Regen von etwa 1375 Meter Saumquadern, die Herstellung von etwa 4080 Quadratmeter Packlage, sowie die Ausführung von etwa 7700 Quadratmeter Reihpflaster usw. in verschiedenen Straßen in mehreren Losen.

Bremen. Zur Pflasterung des Lindenweges in Rodewinkel: 1. 2400 Quadratmeter Kleinpflastersteine aus Basalt usw., 2. 1100 Meter Saumsteine aus Granit, Basaltlava usw., 3. 360 Kubikmeter Packlagesteine und 4. 240 Kubikmeter Steinschlag.

Friedberg (Hessen). 9000 Kubikmeter Mauersteine aus Hartgestein, Basaltlava oder ähnlichem Gestein zur Herstellung von Bauwerken auf Bahnhof Friedberg.

Mainz. Lieferung der Baumaterialien für den Neubau und die Unterhaltung von Straßen und Kanälen in der Stadt Mainz für 1911 bis 1914. Der durchschnittliche Jahresbedarf ist geschätzt auf: 1. Straßenbaumaterialien: 129 000 Stück vierhäufige Pflastersteine, 325 Kubikmeter einhäufige Pflastersteine, 1850 laufende Meter Randsteine (Schwegelanten) aus Granit, 200 laufende Meter Randsteine (Schwegelanten) aus Basaltlava, 1900 Kubikmeter Chauffee-Decksteine (Schottersteine), 700 Kubikmeter Stützsteine, 5800 Kubikmeter Sand, Kies und Betonmasse, 150 Kubikmeter Gartenkies. 2. Kanalbaumaterialien. U. a.: 20 Kubikmeter Hanfstämme aus Basaltlava, 100 000 Kilogramm Zuffeintrag. 3. Verschleißene. 300 Kubikmeter Uferbauweise.

Erfurt. Zum Neubau einer Schlacht- und Viehhofanlage im Krämpferfeld: Granit- und Steinhauerarbeiten.

Riel-Wil. 5000 Quadratmeter Granitreihpflastersteine und 1200 laufende Meter Granitrandsteine für die Herstellung von Ladestraßen auf dem Gelände des Binnenhafens zu den neuen Dockschleusen in Riel-Wil, in 2 Losen.

Stuttgart. Zum Neubau eines Pfarrhauses in Adolzhausen, Oberamt Mergentheim: Grab-, Beton-, Maurer-, Steinhauerarbeiten.

Eszenstein (Baden). E. II. Steinhauerarbeit a) in Granit, b) in Pfingstaler Material, c) in hellem Material zum Neubau eines Schulhauses.

Brieg. 1677 Kubikmeter rohe Basaltsteine bester Sorte zur Herstellung neuer Decklagen auf den Kreischauffee im Sandkreuz Brieg.

Bingerbrück. Lieferung von Steinmaterial für den Bezirk des Wasserbauamts Bingerbrück: E. III. 380 Kubikmeter Pflastersteine und 580 Kubikmeter Senfsteine für die Rheinstrecke von Biebrich bis Eltville; E. IV. 350 Kubikmeter Pflastersteine und 600 Kubikmeter Senfsteine für die Rheinstrecke von Eltville bis Detrich; E. V. 120 Kubikmeter Pflastersteine und 220 Kubikmeter Senfsteine für die Rheinstrecke von Detrich bis Hübelsheim; E. VI. 1500 Kubikmeter Pflastersteine, 1500 Kubikmeter Senfsteine, 1200 Kubikmeter Steinbruchschutt für die Rheinstrecke von Bingerbrück bis Oberwesel.

Leipzig. Steinhauerarbeiten zur Erbauung von 2 Häusern für Lungentranke beim Krankenhaus St. Georg.

Mainz. Erd-, Maurer-, Steinhauer-, Steinseherarbeiten für die laufende Unterhaltung der Bauwerke.

Schwetznitz. Für die Herstellung der Kreischauffee Wörthelweis-Kapsdorf: 1664 Kubikmeter Packsteine aus Granit. Raststätten (Hessen-Nassau). Arbeiten und Lieferungen zur Kanalkonstruktion und Instandsetzung eines Teils der Straßen im Stadtbereich Raststätten, darunter 338 Kubikmeter Großpflastersteine, 666 Quadratmeter Mosaijpflastersteine, 875 laufende Meter Hochofesteine aus Basaltlava. Ferner 3507 Quadratmeter Großpflaster und 666 Quadratmeter Mosaijpflaster.

Tiefbauamt II in Berlin. Lieferung und Verlegung der Bürgersteigplatten aus Granit für die Goklowshybrücke über die Spreew in Zuge Goklowshy- und Franklstraße.

Tiefbauamt in Dortmund. Grauwade- und Sandsteinpflastersteine usw. sowie hammerrechte Bordsteine für 1911.

Rgl. Eisenbahnabteilung in Grolstein. Lieferung von 15 000 Kubikmeter Kleinschlag und 55 000 Kubikmeter Lavakies für die Herstellung der zweigleisigen Verbindungsbahn Grolstein-Grolstein und für die Erweiterung des Bahnhofes Grolstein in einem oder mehreren Losen.

Braunschweig. 1700 laufende Meter Granitbordquader, 200 Kubikmeter Basalt-Reihpflastersteine, 20 000 Quadratmeter Kleinpflastersteine in einzelnen Losen.

Dresden. E. IV. Steinhauerarbeiten für den Neubau zweier Ställe für das 5. Feldartillerie-Regiment Nr. 64 in Pirna.

Aitona. Lieferung von Granitbroggensteinen.

Rgl. Eisenbahnabteilung VII in Berlin. 6000 Pflastersteine für Neu- bzw. Umpflasterung der Ladestraßen auf Güterbahnhof Siedlitz.

Eisenbahnabteilung in Bittburg (Eifel). 40 000 Kubikmeter Gleisbettungsmaterial für Neubaustrecke Bittburg-Triel im ganzen oder geteilt.

wurde am 26. Februar eine Versammlung einberufen, wo man sich mit der Angelegenheit befaßte. Die Kollegen waren sehr erstaunt über das Verhalten der Unternehmer und man kam nach reifer Debatte zu dem einstimmigen Beschluß, am 28. Februar die Arbeit niederzulegen und zwar in den Betrieben, wo eine Kündigung nicht stattfindet. In den übrigen Betrieben wurde die Kündigung sofort eingereicht. Nun war das erste, als dieses bekannt wurde, daß sich der Vater Staat über die Verhältnisse erkundigte. Denn am Montag in aller Frühe erschienen ja auch schon zwei Gendarmen, die sich bei den Bruchmeistern eingehend erkundigten. Ob zu unserm Nutzen oder zum Nutzen der Unternehmer, wollen wir dahingestellt sein lassen. Interessant wäre aber doch, wenn sie lieber die Verhältnisse im Bruch selbst studiert hätten, als sich um den Streik zu bekümmern. Und noch eins möchten wir erwähnen, was vielleicht noch angebrachter gewesen wäre, wenn dieses endlich einmal in Deutschland abgestellt würde. Von Aue nach Vöckau wird eine Straße gebaut. Dieser Bau ist unseres Erachtens ein Staatsbau, und man dürfte doch, es wären schließlich deutsche Arbeiter zu beschäftigen, weil diese ja auch Steuern zahlen müssen. Dieses scheint aber nicht der Fall zu sein, denn es arbeiten dort nur meistenteils Ausländer. Bei der Tarifunterhandlung der Steinarbeiter, die am 25. Februar tagte, befand sich auch ein österreichischer Kollege. Gleich nach der Eröffnung der Sitzung fragte der Leiter der Herren Unternehmer an, ob die Tarifkommission aus lauter Reichsdeutschen zusammengesetzt ist. Natürlich mußte ihm erwidert werden, daß sich ein Kollege darunter befindet, der nicht Reichsdeutscher ist. Und wir mußten dann zu unserm Erstaunen hören, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte, da nur mit „echt“ Reichsdeutschen unterhandelt werden kann.

Dresden. Am 15. Februar tagte im Volkshaus unsere Jahresversammlung. Der Jahresbericht nebst Abrechnung liegt diesmal in Form eines Festes gedruckt vor. Kollege Seidel läßt das verfloßene Jahr nochmals vorüberziehen und kommt zu dem Schluß, daß sich die Zahlstelle Dresden-Pirna trotz aller Schwierigkeiten günstig weiter entwickelt hat. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1910 1585 Kollegen gegen 1228 am gleichen Termin des Vorjahres. Die im Frühjahr einsetzenden Lohnbewegungen standen im Zeichen der Bauarbeiterausperrung und wurden durch dieselbe ungünstig beeinflusst. Infolgedessen mußten sich die Kollegen der Steingewinnung sowohl in Gottliebatal als auch im Postler Gebiet mit geringen Zugeständnissen begnügen. Auch der Streik der Steinmengen im Sommer wurde in durchaus unbefriedigender Weise abgebrochen. Es gelang uns nicht, die Normaltarifvorlage der Unternehmer in den Ortsrat verschwinden zu lassen. Diefelbe steht immer noch drohend im Hintergrunde, und erst die nächsten Monate werden entscheiden, unter welchen Bedingungen wir in Zukunft unsre Arbeitskraft verkaufen müssen. Auf jeden Fall haben wir alle Ursache, uns nicht in Sicherheit zu wiegen, sondern müssen unablässig auf der Hut sein, damit wir von keiner Seite überrumpelt werden. Hoffen wir, daß die leibige Geschichte in befriedigender Weise gelöst wird. Hierauf erläuterte Kollege Ernst die Kassensverhältnisse. Daraus ergeht man, daß die Finanzlage innerhalb der Zahlstelle eine gute ist. Trotz der sehr hohen Ausgaben — für Streikzuschuß allein 12 022,46 M. — hatten wir am 1. Januar 1911 noch ein örtliches Vermögen von 30 210,98 M. gegen 32 547,08 M. im Vorjahre. Es besteht begründete Hoffnung, daß wir im Laufe des Frühjahrs den alten Stand wieder erreichen. Auf Antrag der Revisoren wird hierauf dem Vertrauensmann wie auch dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Debatte war eine sehr rege, und mit wenigen Ausnahmen sprachen die Redner auch sachlich. Beim 2. Punkt der Tagesordnung wurden die Neuwahlen vorgenommen. Die zwei Beamten sollen Sonnabend durch Urabstimmung auf den Werkplätzen gewählt werden. Als bewährte Kräfte werden wieder Seidel und Ernst vorgeschlagen. Zur Gesamtverwaltung hat Dresden drei Mann zu stellen. Hierzu werden Sandsteinarbeiter Karl Müller, Marmorarbeiter Elsner und Granitarbeiter Lehmann gewählt. Ferner wird noch beschlossen, in Zukunft auch in Dresden die Platzpflasterer aus der Ortsliste zu entschädigen, wie es in den Bruchgebieten schon immer der Fall gewesen ist. Nachdem noch Kollege Stenke kurz über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells berichtet hat, wird die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Frohburg. Im hiesigen Ort mit Umgebung arbeiten zirka 60 Steinarbeiter der Pflastersteinbranche. Die Hauptproduktion ist Kleinschlag. Nebenbei werden auch Kleinpflaster, Kopfkiste, Bordsteine angefertigt. Die Brüche (Worphyr) sind schon seit Jahrzehnten im Betrieb und haben anhaltend ihren Pächtern resp. Besitzern ansehnliche Gewinne gebracht, denn die Arbeitskraft ist billig. Die Betriebsanlage in 2 Brüchen ist äußerst rational, der Gleisanschluß praktisch und zeigt, daß großer Absatz vorhanden ist. Die Entlohnung ist sehr minimal und man muß sich wundern, daß die Arbeiter sich bisher gar nicht um die Organisation gekümmert haben. Stundenlöhne von 29 Pfg. sind dort noch Mode. Lohnabzüge haben die Affordarbeiter sich schon oft gefallen lassen müssen und waren diesen gegenüber wehrlos. Das Gewerkschaftskartell von Frohburg hat sich in rühriger Weise der Angelegenheit angenommen und veranlaßt, daß am 5. März im nahen Wolfstigt eine Besprechung der Steinarbeiter stattfand. Kollege Siebold führte den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation vor Augen und zeigte an Beispielen aus dem praktischen Leben ihre Wirkung. Die örtlichen Verhältnisse in bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Betriebseinrichtung wurden in Parallele gestellt mit andern Pflastersteingebieten, die mit Hilfe des Verbands wirksame Forderungen herbeigeführt haben. Die erzieherische Tätigkeit der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaftsbewegung in besonderen wurden vom Referenten eingehend dargestellt. Die Diskussion war eine lebhaftige und von allen Rednern begrüßt, daß eine Zahlstelle gegründet werde. Zeit sei es schon längst gewesen. Der Bruchmeister des einen Betriebes stöße die Kollegen direkt mit der Nase drauf, denn bei Abzügen, oder wenn mal eine Verbesserung gewünscht werde, heiße es immer: „Ja, ihr seid nicht im Verband!“ Mit andern Worten, weil wir bisher machtlos, wurden wir stets abgewiesen! Sämtliche Anwesenden traten nach der Aussprache dem Verbande bei und wählten 6 Kollegen in die neue Zahlstellenverwaltung. Beschlossen wurde auf Grund des Verdienstes 40 Pfg. Wochenbeitrag zu fleben. Kollege Siebold erläuterte dann die Führung der örtlichen Verwaltungsgeschäfte und gab noch praktische Anweisungen für die zukünftige Agitation in den Brüchen. Die Zahlstelle gehört zum 4. Gau. Mit einem kräftigen Schlußwort schloß der Genosse Krauß vom Gewerkschaftskartell die Besprechung.

Großhennrich a. Main. Der Firma Westold-Miltenberg wurden auf ihrem Werkplatz in der Nacht vom 19. zum 20. Februar eine große Anzahl fertig bearbeiteter Werkstücke ruiniert. Der „Steinbildhauer“, das Organ der Unternehmer, macht nun unsere Organisation für die Zerstörung verantwortlich und behauptet, es sei ein Borsbote der kommenden Lohnbewegung. Eine derartige Behauptung ist jurisdiktionsunfähig und entbehrt jeglicher Grundlage. Der Redaktion des „Steinbildhauer“ sollte doch bekannt sein, daß die Arbeiterorganisation jeden Vandalismus verurteilt und nur auf gesetzmäßigen Wege betreibt ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder zu verbessern. Die Organisation der Steinarbeiter bedauert diesen Vorgang und verurteilt ihn auf das Schärfste. Alle Behauptungen der Unternehmer und ihrer Presse haben ja nur den Zweck, die Arbeiterorganisation in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Wir Steinarbeiter lassen uns jedoch in keiner Weise beirren.

Höppingen. Der Steinhauerpolier Karl Wendlin Sauer bei H. Holzmann u. Co. in Höppingen ist ein scharfer Gegner

unseres Verbandes. Genannter gab in den letzten Tagen vier Steinhauern Feiertags; der Grund scheint der zu sein, weil diese bei der freien Gewerkschaft organisiert sind. Das kann uns aber nicht bange machen, denn je ärger die Poliere gegen uns vorgehen, desto besser werden wir die Verbandsinteressen vertreten und für unsre Sache kämpfen. Der Polier Sauer ist ein großer Gegner unseres Verbandes, es wird ihm aber nicht viel nützen. Weiter soll ihm noch gesagt sein, uns in Zukunft in Ruhe zu lassen, sonst müßten wir uns entschieden wehren. Wenn die Christlichen meinen, den freien Verband hier verdrängen zu können, so irren sie sich. Der Abschluß des Ausschalttarifs hat uns so recht gezeigt, welche Macht dem freien Steinarbeiterverbände innewohnt. Daß darüber Herr Schedel aus dem Hühnchen gerät, ist ganz leicht erklärlich. Nun muß Herr Schedel, der „Pseudosteinmeß“, von Ort zu Ort ziehen und über den Tarifabschluß nörgeln, weil ausgerechnet die „Bernegroße“ aus dem schwarzen Lager bei der Verhandlung nicht dabei waren. Herrn Schedel raten wir, in hiesiger Gegend sich als Steinmeßlehrling niederzulassen; erst wenn er richtig ausgebildet hat, kann dann er a. b. h. sachverständig urteilen.

Aischhausen. Am 25. Februar fand hier eine Mitglieder-versammlung statt. Kollege Sartfert aus Mannheim beleuchtete die Heldentaten der Christlichen. Er stellte die Leistungen der freien Gewerkschaften den Leistungen der Christlichen gegenüber, worauf zu sehen ist, daß man von den Christlichen wenig zu erhoffen hat. Sartfert sprach die Hoffnung aus, daß die Kollegen der hiesigen Gegend überzeugt sind, und die Tiraden der Christlichen nicht befolgen werden. Soviel uns bekannt ist, hat der Vorsitzende der Ortskrankenkasse, Herr Rai, mit seiner Agitation wenig Erfolg gehabt; nur einige Kollegen aus Gausenberg, die als Arbeitswillige hier zugereist kamen und früher schon einmal im Christlichen Verbands waren, hat er unter sein Banner vereint. Wir werden ihm diese Sorte nicht abwendig machen, denn wir sind überzeugt, daß der Christliche Verband mit solchen Mitgliedern keine Ehre einlegt. Im 2. Punkt wurde Kollege Johann Moser als Schiedsgerichtsmittglied und Ludwig Schüringer als Erbsmann gewählt. Weiter wurde beschlossen, die Versammlungen stets Sonntags abzuhalten. Auch diene den Kollegen, welche während des Streiks abgereist sind, zur Notiz, daß hier immer noch 12 Kollegen gemahregelt sind. Auch wollen die Herren Unternehmer, wie es scheint, überhaupt nicht mehr so viel Leute beschäftigen. Die Kollegen tun deshalb gut, bevor sie in den Odenwald reisen, sich erst bei den betreffenden Vorsitzenden Erkundigungen einzuholen.

Königsbrunn. Wir haben an dieser Stelle schon öfter auf die im Königsbrunn Steindruckgebiet herrschenden Mißstände hingewiesen. Wenn wir uns nun noch einmal mit denselben etwas näher beschäftigen, so geschieht das nur aus dem Grunde, weil von Seiten der Unternehmer vieles in Abrede gestellt wird, und die Bundesratsverordnung für dieselben nur noch auf dem Papier steht. Fangen wir einmal bei der Firma Pösch an. Dort ist es vor allen der Herr Bruchmeister Schramm, welcher sich gegenüber organisierten Kollegen benimmt, als wäre er allein Herrscher in diesem Betriebe. Bei den jungen Kollegen glaubt selbiger alles anbringen zu können; so werden dieselben gel und die besten Löhne bezahlt werden, und daß dort die größte Ordnung herrscht. Wir möchten doch einmal fragen, was Herr Sch. eigentlich unter Ordnung versteht, und was zur Ordnung gehört? Dazu gehört vor allem, daß die Bundesratsverordnung eingehalten wird. Dann fehlt vor allem trinkbares Wasser gänzlich. Die Frühstücksbude wird nur selten geschmeuert. Schugbächer für die Brecher sind nicht vorhanden, obwohl solche leicht anzubringen wären, da in diesem Betriebe ganz selten geschossen wird. Für die Brecher ist es mit Gefahr verbunden, an ihre Arbeitsstelle zu gelangen. Wenn sonst Ordnung herrscht auf diesem Plage, so ist das einzig und allein den organisierten Kollegen anzuzuschreiben. Und daß die Ordnung, wie selbige von Herrn Schramm immer gepriesen wird, in dem Betriebe nicht herrscht, das wurde ihm wohl kürzlich am besten von setine des Gewerbeinspektors bewiesen. Weiter hat sich Herr Sch. einem Kollegen gegenüber geäußert, wenn er Herr Pösch wäre, so würde er die Stufenpreise ohne weiteres herabsetzen. Da hat er sich ja im richtigen Lichte gezeigt. Die Kollegen werden sich dieses merken.

Schlumberg. Noch stehen die Verhältnisse auf Platz Hohendahl. Dort wurde vor kurzem durch Lafelanschlag bekanntgegeben, daß die Firma nicht mehr in der Lage sei, die jetzigen Preise für Bordsteine bezahlen zu können, und den Arbeitern wurde die folgende Woche ohne weiteres ein Abzug von 22 Pfg. pro Meter gemacht. Einer Kommission gegenüber wurde als Grund angegeben: Die bayrischen Steindruckbesitzer liefern die Steine viel billiger. — Was die Bundesratsverordnung anbelangt, so steht dieselbe ebenfalls bloß auf dem Papier. Mißstände in Hülle und Fülle. Woran liegt das hauptsächlich, Kollegen? Antwort: Weil es bisher der weitaus größte Teil der hiesigen Arbeiter nicht für nötig befunden hat, unsern Verbände beizutreten. Gerade auf Platz Hohendahl können jetzt die Arbeiter eine Lehre daraus ziehen; dort schaffen ungefähr 30 bis 35 Mann. Ein großer Teil derselben hat sich erst kürzlich unsern Verbände angeschlossen. Wäre das schon früher der Fall gewesen, so würde sich die Firma Hohendahl nicht erlaubt haben, den Steinmengen 22 Pfg. und den Brechern 10 Pfg. von ihrem soviel kürzlichen Lohn abzuziehen. Weiter erfragen wir die Kollegen, gelesene Exemplare des „Steinarbeiters“ an Unorganisierte weiterzugeben.

Neusorg (Oberpfalz). Der Christliche Keram- und Stein- arbeiterverband will auch in Neusorg sein Domizil aufschlagen. Sonderbar ist es, daß es wieder dieselben Elemente sind, die uns 1904 in den Rücken fielen, und sich wieder dem genannten Verbände angeschlossen. Einige Worte möchten wir über den Keram- und Steinarbeiterverband mit seinen „gepriesenen“ Unterstützungen anführen. Soviel wir aus dem Statut des genannten Verbandes ersuchen konnten, müssen sie höhere Beiträge entrichten, wenn sie überhaupt solche Unterstützungen erlangen wollen, wie wir sie im Steinarbeiterverbände haben. Weiter bemerken wir, daß gerade diese paar Leute, die sich dort angeschlossen, die säumigsten Zahler waren und die meisten Arbeitslosenmarken bei uns entnahmen. Wie es mit dem Kassieren des Keram- und Steinarbeiterverbandes bestellt ist, darüber verlieren wir hier kein Wort; wir haben darüber genug gelesen. Es war kürzlich ein christlicher Agitator mit dem Namen Schwarz aus Weiden hier. Mit welchen Mitteln jene Leute auf Fang ausgeben, wollen wir hier etwas schildern. So wurde von den Deuten geflagt, daß im verfloßenen Herbst und Winter in Neusorg großer Arbeitsmangel herrschte, weil eben die Fichtelgebirgs-L.-G. Runkel die blauen Steine in die Säge- und Schleifwerke von hier abschickte. Darüber versicherte er (Schwarz) diesen Leuten, wenn damals der Keram- und Steinarbeiterverband bestanden hätte, würde dieser beim Fürsten Kastell (dem Bruchmeister) soviel Einfluß erzielt haben, daß die Firma gezwungen worden wäre, die Arbeit hier anfertigen zu lassen. Herr Schwarz scheint an Größenwahn nicht schlecht zu leiden.

Kimbach. Am 19. Februar fand im Lokal des Kollegen Johann Seidel unsere Generalversammlung statt, welche leider sehr schlecht besucht war. Da unser seitheriger Kassierer, Alois Holzhammer, wegen des Streiks abgereist ist, erstattete Kollege Johann Seidel den Kassierenbericht vom 4. Quartal 1910. Die Einnahmen betrugen 196,13 Mark, die Ausgaben 127,19 Mark, somit bleibt ein Kassierenbestand von 68,94 Mark. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Da unser Vorsitzender, Konrad Schmidt, wegen des Streiks sich andre Ar-

Korrespondenzen

Aue. Die Kollegen stehen seit dem 1. Dezember in einer Lohnbewegung. Die Forderungen, die in dem neu vorgelegten Tarif enthalten sind, wurden von den vereinigten Unternehmern durch eine Zuschrift vom 20. Februar abgelehnt. Trotz der ablehnenden Befehdung der Unternehmer versuchte die Tarifkommission in eine Unterhandlung einzutreten, um eine Einigung beiderseits zu erzielen. Dieses gelang jedoch nicht, denn die Herren Unternehmer zogen es vor, nach kurzer Debatte, in der sie auf ihr Schreiben verwiesen, das Lokal zu verlassen. Nun

wurden auf ihrem Werkplatz in der Nacht vom 19. zum 20. Februar eine große Anzahl fertig bearbeiteter Werkstücke ruiniert. Der „Steinbildhauer“, das Organ der Unternehmer, macht nun unsere Organisation für die Zerstörung verantwortlich und behauptet, es sei ein Borsbote der kommenden Lohnbewegung. Eine derartige Behauptung ist jurisdiktionsunfähig und entbehrt jeglicher Grundlage. Der Redaktion des „Steinbildhauer“ sollte doch bekannt sein, daß die Arbeiterorganisation jeden Vandalismus verurteilt und nur auf gesetzmäßigen Wege betreibt ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder zu verbessern. Die Organisation der Steinarbeiter bedauert diesen Vorgang und verurteilt ihn auf das Schärfste. Alle Behauptungen der Unternehmer und ihrer Presse haben ja nur den Zweck, die Arbeiterorganisation in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Wir Steinarbeiter lassen uns jedoch in keiner Weise beirren.

Höppingen. Der Steinhauerpolier Karl Wendlin Sauer bei H. Holzmann u. Co. in Höppingen ist ein scharfer Gegner

beit suchte, wurde an dessen Stelle Friedrich Dörfler-Mittelschlag als 1. Vorsitzender, Franz Eremel als 2. und Johann Seidel als Kassierer, Wenzel Dörfler und Joseph Strominger als Revisoren gewählt. Im Punkt Berichtslegung wurden noch einige Fragestellungen besprochen, dann schloß Kollege Seidel die interessante Versammlung.

Utzpar und Umgebung. Am 26. Februar tagte im Gasthaus zum Hof eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Trotz des schlechten Wetters waren die Kollegen aus den umliegenden Ortsgemeinden massenhaft erschienen. Kollege Breunig-Würzburg war als Referent erschienen. In seinem 45minütigen, zündenden Vortrage erläuterte er den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Redner schilderte in kurzen Umrissen die traurige Lage der Steinarbeiter im allgemeinen und die der Sandsteinarbeiter im roten Mainlandssteingebiet im besonderen. Er wies unter anderem darauf hin, was bei der Beratung des Reichsmilitärats für Beförderung des einzelnen Mannes verlangt und bewilligt worden ist. Unterernährung und frühzeitiges Siechtum seien die Folgen davon. Die Berufskrankheit und die schlechten Wohnungsverhältnisse schillernd, ging er zur Lebensmittelerleichterung über. Die gewerkschaftliche Organisation sei hier derjenige Faktor, welcher durch seine Tätigkeit in Form von Erringung höherer Löhne einen Ausgleich herbeizuführen imstande sei. Mit einem Appell, einzutreten in die Reihen der organisierten Steinarbeiter Deutschlands, zum Wohle des einzelnen wie der Allgemeinheit, schloß Redner seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich Herr J. Adelman und sein Polier, Herr Klippel. Ersterer führte ungefähr folgendes aus: Der Referent habe zwar von der Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer gesprochen, aber nicht davon, was die Unternehmer bei Arbeiten drauflegen müssen (!). Durch die schlechte Konjunktur in den letzten Jahren sei er gezwungen gewesen, Arbeiten billiger zu übernehmen als sonst, damit nur seine Leute beschäftigt hätten. Die Arbeiter seien doch noch besser dran, wenn sie in ihrer Heimat wären, als in der Fremde, wo sie allerdings einige Mark mehr verdienen. Tatsache sei es ja, daß die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen seien, und sich infolgedessen die Ausgaben der Arbeiter für Nahrungsmittel gesteigert sind, aber sie (die Unternehmer) könnten nichts dafür (!). Er führte weiter aus, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn sich die Arbeiter organisieren; nur dürften sie nicht zu viel verlangen. Dem Kollegen Breunig war es leicht, Herrn Adelman zurechtzuweisen, indem er ihm einige Submissionsblätter vorhielt, und die Millionenrechnung des verstorbenen Herrn Winterheld in Miltenberg erörterte. Redner führte verschiedene Dividendenverteilungen großer Aktiengesellschaften an und ersuchte zum Schluß Herrn Adelman, um seine Schwierigkeiten in der Ausübung unsres Verbandes zu machen. Nachdem Herr Adelman, sein Polier und sein Buchhalter das Lokal verlassen hatten, wurde zur Gründung einer Zahlstelle geschritten. Von 40 bis 45 anwesenden Kollegen bezahlten 26 sofort die Aufnahmegebühren. In den Ausschuh wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Johann Zimmermann, 2. Vorsitzender Gg. Diehm, Kassierer Gg. Meier, Schriftführer Karl Derdorf, Revisoren Valentin Freudenberger und Johann Adler. Zum Schluß ersuchte Kollege Breunig die Kollegen, die gewonnene Position hochzuhalten, auszubauen und Klassenkämpfer zu werden. Mit einem Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband wurde die imposant verlaufene Versammlung geschlossen.

Weimar. Hier fand im Lokal des Herrn Dielemann am 5. März eine sehr gutbesuchte Versammlung statt, denn es waren über 200 Kollegen erschienen. Kollege Albrecht eröffnete die Versammlung, dann erhielt Gauleiter Bieg das Wort. Das Thema lautete: Kapital und Arbeit. Durch die Beifallsstürme der Kollegen konnte man ersehen, daß B. es in vorzüglicher Weise verstanden hat, seine Zuhörer zu fesseln. Auch sein Vortrag durch manche heitere Sätze gewürzt. Ein Kollege hielt ebenfalls eine Ansprache, in der er die noch fernstehenden Kollegen ermahnte, sich dem Verbande anzuschließen. Zum Schluß brachte der Vorsitzende ein Hoch auf den Verband aus, welches mit Begeisterung aufgenommen wurde. Auch war ein Bruchmeister und der Rantienwirt in der Versammlung erschienen, was uns aber nicht hinderte, manche üblen Mißstände vorzubringen. Auch wurden die Kollegen ermahnt, nur in solchen Wirtschaften zu verkehren, die den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen. Hoffentlich wird es nun auch in Dörnberg anders werden, indem wir dort bald eine Versammlung abhalten können.

Rundschau.

Pflastersteinindustrie und Arbeiterlöhne. Die westdeutschen Steinindustriellen laufen gegen den § 10 der Bundesratsverordnung Sturm. Den Herren paßt die Bestimmung nicht, daß die jugendlichen Arbeiter nicht beim Abräumen, bei der Steingewinnung und Rohaufbearbeitung von Steinen beschäftigt werden dürfen. Doch der Reichsanwalt hat die Unternehmervpetition in ablehnendem Sinne beantwortet. — Das paßt nun den Herren nicht und so haben sie eine neue Eingabe in dieser Sache losgelassen. Es wird geradezu zum Skandal, daß die Unternehmer der Steinindustrie in so auffälliger, sozialpolitisch rückständiger Weise gegenüber den bundesrätlichen Bestimmungen auftreten. — Die Unterzeichner der Petition, die Herren S a a s und E g g e r m a n n mögen doch gleich sagen, die ganze Bundesratsverordnung paßt uns nicht.

Die Pflastersteinindustriellen hielten am 17. Februar in Berlin eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Es wurde als wichtigster Punkt die Pflastersteinfrage behandelt. Es mußte bezeichnenderweise darauf hingewiesen werden, daß die Zolleingaben auch einige Irrtümer aufweisen. Dem Direktor Herrn S a a s wird es nicht angenehm gewesen sein, wenn er eine solche Konstatierung machen mußte.

Rentables Geschäft. Der Abschluß des Betriebsjahres 1910 der Hahnburger Quarz- und Porphyrbwerke (in Sachsen gelegen) verzeichnet einschließlich 24 699 (29 787) Mark Vortrag aus 1909 einen Bruttogewinn von 486 646 (429 476) Mark, worunter 403 795 (356 725) Mark Ertragnis der Steinbrüche. Andererseits erforderten die gesamten Unkosten 170 074 (153 984) Mark, als Abschreibungen sind 56 725 (60 457) Mark vorgezogen, so daß sich der Reingewinn einschließlich des Vortrages auf 259 848 (215 036) Mark stellt. Hieraus sollen wiederum 8 Prozent Dividende verteilt, 37 992 (10 752) Mark des Reservefonds überwiesen und nach Abhebung der Tantiemen, Gratifikationen und des Zuschusses zum Pensionsfonds im Gesamtbetrage von 40 923 (27 584) Mark auf neue Rechnung 28 932 Mark vorgetragen werden. Hierzu wird im Bericht u. a. ausgeführt:

Das Jahr 1910 hat nicht alle Erwartungen in Erfüllung gehen lassen, die von der Steinindustrie bei Beginn des Jahres gehegt wurden. Ganz besonders gilt dies von der Pflastersteinindustrie. Der im Jahre 1910 längere Zeit andauernde Ausstand (Die Aussperrung! Die Reb.) der Bauarbeiter hatte zur Folge, daß eine große Anzahl von geplanten Straßenbefeichtigungen nicht zur Ausführung gelangen konnte, weil die hierbei erforderlichen Brücken, Kanäle, Unterführungen usw. nicht rechtzeitig fertiggestellt wurden. Die natürliche Folge dieses Umstandes war, daß die Baubehörden die Pflastermaterialien nicht abnehmen konnten. Die Folge des wenig guten Geschäftsganges in Reihenssteinen war, daß man sich, soweit möglich, allgemein der Produktion der billigeren, polygonalen Pflastersteine und der Kleinpflastersteine in erhöhtem Umfang zuwandte, zumal da in diesen Steinarten ein ziem-

lich befristeter Geschäftsgang verzeichnet werden konnte. In Steinschlag und Kohnsteinen war der Umsatz ein recht belangreicher. Mit Beginn des Jahres 1911 haben wir den bis dahin verpachteten Steinbruchbetrieb bei Ködnitz in eigene Regie übernommen. Dieser Betrieb wird völlig neu eingerichtet und die Einrichtung wird bis zum April d. J. durchgeführt sein. Wenn im laufenden Jahre auch noch nicht mit der vollen Leistungsfähigkeit dieses Betriebes gerechnet werden kann, so wird doch immerhin unsere Leistungsfähigkeit in Lieferung an Pflastermaterial usw., schon in diesem Jahre nicht unwesentlich erhöht, und hoffen wir bei den nicht unglücklichen Aussichten, die das Jahr 1911 bietet, durch den erhöhten Umsatz wiederum ein zufriedenstellendes Resultat zu erzielen.

Trotzdem also nicht alle Erwartungen erfüllt worden sind, haben die Aktionäre doch immerhin ein hübsches Geschäft gemacht; sie bekamen, wie im Vorjahre, 8 Prozent Dividende und haben dabei die Hoffnung auf ein weiteres erfolgreiches Jahr. Das ist der Segen der Arbeit, von dem allerdings die Arbeiter nie etwas spüren. In den Geschäftsjahren der Steinindustrie wird aber das Vieh vom schlechten Geschäftsgange weiter gesungen.

Ein Rechtsstreit, der fast zwei Jahre lang gedauert hat, ist jetzt endlich beendet worden. Der Arbeiter H., der von seinem Arbeitgeber in Freyburg (Pr. Sa.) in der Landwirtschaft und im Steinbruch beschäftigt wurde, verunglückte in letzterem Betriebe so schwer, daß ihm in der hiesigen Klinik ein Bein abgenommen werden mußte. Von dem Arbeitgeber war jedoch der Steinbruchbetrieb bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft als Nebenbetrieb angemeldet, und diese lehnte die Auszahlung einer Rente ebenso wie die Steinbruchberufsgenossenschaft ab. Gegen diesen Bescheid legte der Verletzte Berufung bei dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Merseburg ein; dieses entschied dahin, daß der umfangreiche Steinbruchbetrieb des Arbeitgebers nicht als Nebenbetrieb angesehen werden könne; dem Kläger bleibe es überlassen, seine Ansprüche bei der in Frage kommenden Berufsgenossenschaft geltend zu machen. Gegen dieses Urteil legte der Kläger Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein, das nachmals die genauesten Ermittlungen anstellte und folgenden Urteilspruch fällte: „Der Rekurs gegen das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wird zurückgewiesen. Die Steinbruchberufsgenossenschaft wird verurteilt, den Kläger aus Anlaß des Unfalls vom 18. Juli 1908 zu entschädigen.“

Christliche Agitationsweise. Beim Solnhofener Lithographie-Steinarbeiterstreik und andern Gelegenheiten wurde von den Christen im Keramarbeiterverband die Behauptung aufgestellt, daß die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes der Ausschuh unter den Steinarbeitern sind, die sie doch nicht in ihren Reihen haben möchten. An diese Äußerung wird man unwillkürlich erinnert, wenn man Gelegenheit hat, die eigentümliche Agitationsmethode der braven Christen zu beobachten. In Nr. 3 des „Steinarbeiter“ von diesem Jahre wurde von der Zahlstelle Dörfenbürg der Ausschuh der Mitglieder Karl Völz und Gustav Klein bekannt gemacht. Am 20. Januar wird das Fachblatt in Händen des Keramarbeiterverbandes gewesen sein und am 22. Januar erhielt der ausgeschlossene G. Klein einen säuberlichen Schreibbrief und 6 Exemplare der Sudelschrift über den Steinarbeiterverband. Das sind also die Wege und das Agitationsgebiet der Christen.

Die Herren Keramiker müssen um ihre Zukunft schon recht bangen sein, wenn sie mit solchen Deuten in Verbindung treten. Diefelbe Geschäft hat sich überdies seinerzeit auch in Kiefersfelden ausgebreitet. Diejenigen, die beim Kiefersfeldener Streik die Interessen der Firma vertraten, kletterten dann an die Spitze der christlichen Zahlstelle. — Wir kondolieren.

Zelfsturz. Im Rogelschen Steinbruch in Miltenberg (Unterfr.) kürzten unter hartem Getöse mehrere hundert Kubikmeter Felsen ab, die sich anscheinend durch das Regenwetter gelockert hatten. Als ein großes Stück in den Abhang fiel, gelang es dem Baunternehmer Gredlich noch im letzten Augenblicke, sich vor dem plötzlich abstürzenden Gestein in Sicherheit zu bringen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 20. Februar bis mit 4. März 1911.

- (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
- Emden, B. 4.80. Saage, B. 4.90. Unterzell, B. 4.—. Merseburg, B. 3.—, E. 0.50. Heppens, B. 13.80, K. 0.80. Fürstenwalde, B. 1.—, E. 0.50. Reichenbach i. D., B. 3.—. Wogen, Ab. 0.90. Ahelebsen, B. 48.—, E. 0.25. Breme, B. 11.75, M. 1.—. Demitz-Thumitz, B. 708.—, E. 50.—, K. 40.—, M. 4.—. Giebelstadt, B. 210.—. Femsbach, B. 120.80, K. 16.20. Königshain, B. 191.75. Plauen, 37.50. Springe, B. 42.—. Wiesbaden, B. 54.—. Steinen, B. 12.—, M. 6.—. Königsblutter, B. 143.22, K. 0.70. Heppenheim, B. 215.—, E. 5.—, K. 37.50. Bleichle, Ab. 4.80. Greifswald, B. 3.50, K. 0.10. Stadtilm, B. 8.10, K. 0.20. Rotenburg (H.), B. 4.40. Niederoderwis, B. 4.—. Arnstadt, Ab. 3.20. Mannheim, B. 30.50, E. 0.50, K. 2.—, Div. 5.50. Müders, B. 121.—. Raulbrunn, K. 3.50. Brudmühl, B. 24.—, K. 0.45. Veuga, B. 450.—. Baumholder (Mannheim), B. 6.—. Zinnhain, B. 26.—, E. 17.50. Kirchenlamitz, B. 68.—. Leipzig, Ab. 94.80. Zaucha, B. 2.—. Rassenrode, B. 149.50, K. 0.50. Gebweiler, B. 71.53, E. 5.—, M. 1.—. Jena, Ab. 2.40. Burg, B. 1.80. Leer, B. 2.40, E. 0.60. Pafewall, B. 4.—, E. 0.50. Apolda, B. 2.40. Wilhelmshafen, B. 10.80. Heide, B. 7.—, K. 1.—. Storfow, B. 6.50. Zöblitz, B. 2.40, K. 2.80. Reimscheid, B. 4.80. Bernburg, B. 4.80. Berleberg, B. 4.80. Weinungen, B. 4.80. Oberglogau, B. 3.—. Weg, Ab. 3.20. Groß-Gotta, Ab. 2.40. Sommach, Ab. 2.40. Breite, Ab. 2.—. Brudmühl, B. 76.—, K. 9.55. Bayreuth, B. 84.—. Blombacherbach, B. 47.—. Königsbrunn, B. 168.—, K. 10.—. Kürnach, B. 102.25, E. 2.50, K. 10.—. Wittweida, B. 230.—. Niedermendig, K. 10.—. Schwarzenbach, B. 210.—, K. 60.—. Münselberg, B. 84.—, K. 6.70. Rostof, B. 568.—, E. 5.—, K. 20.—. Pforzheim, B. 27.—. Mittelsteine, K. 8.80. Manen, B. 230.—. Hannover, K. 20.80, M. 8.—. Gommern, B. 392.—, E. 8.—. Falkenhain, B. 126.—, E. 4.—. Eschershausen, B. 136.—, K. 12.—. Ranscheid, B. 3.60, K. 0.40. Triefel, B. 3.50. Siepe, B. 2.40. Gemershausen, B. 0.60, E. 0.50. Burghausen, K. 1.30. Bernsd, B. 283.50, E. 1.—, K. 10.20, Ab. 1.50. Baugen, B. 57.14, E. 24.25, K. 31.30, M. 1.—. Düsseldorf, B. 134.75, K. 20.—, M. 1.—. Gelsenkirchen, B. 50.—. Kaiserslautern, B. 63.—, K. 20.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Berlin. Kollegen, welche zum 1. April ihre Wohnung wechseln, werden ersucht, ihre alte und neue Adresse bis zum 13. März im Verbandsbureau einzureichen.

Dresden, Pirna und Umgegend. Alle zureisenden Kollegen werden ersucht, bevor sie um Arbeit ansprechen, sich in Pirna im Volkshaus (Bureau), Zimmer Nr. 10 und in Dresden beim Kollegen Paul Berger, Pstötchenstr. 28, IV. zu melden.

Gotha. Das Verbandsbuch des Kollegen Karl Bauer, geboren zu Meierhof (Banern) liegt hier. Derselbe möge seiner Verpflichtung der hiesigen Zahlstelle gegenüber sofort nachkommen. Dr. Walthier Kassierer.

Düsseldorf. Dem Kollegen Joseph Schönmann ist sein Verbandsbuch (Nr. 12007) nebst Reiseliste gestohlen worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Die Ortsverwaltung. **Obendorf.** Der Kollege Friedrich Dift hat sein Verbandsbuch (Nr. 12544) verloren. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Die Ortsverwaltung. **Rappelrode.** Der Kollege Debiast Luigi wird aufgefunden, seinen Verpflichtungen in Ringelbach nachzukommen, indem er sonst seine Kollegen in Mißkredit bringt. Joh. Weindl. **Olbensburg.** Der Kollege Artur Langer ist von hier abgereist und hat sein Verbandsbuch in Unordnung liegen lassen. Wir ersuchen denselben, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen. S. Nefkowsky, Kassierer. **Würzburg.** Ab 12. März wird die Reiseunterstützung im Gasthaus zur blauen Glode, beim Kollegen Sebastian Sauer ausbezahlt. Im genannten Gasthaus befindet sich auch unser Versammlungslokal. Die Ortsverwaltung. **Karlsruhe (Baden).** Die Kollegen Adam Mantel und Bürgermeister werden ersucht, umgehend ihre Adresse an Unterzeichneten einzusenden. Es handelt sich um Auskunft in einer dringenden Angelegenheit. Hugo Braun, Karlsruhe, Rudolfstraße 18.

Neue Zahlstelle.

Froburg (4. Gau). Vorf.: Emil Frenzel, Brauhausgasse 53. Kass.: Herm. Uhlich, Schlossergasse 238.

Adressen-Händerungen.

Darmstadt. Kass.: Johannes Bod, Pantratiusstr. 29, Hof. Herbede (Habr.). Vorf.: August Jusuleit. Kass.: Konrad Kramer. Beide Schmahlestraße wohnhaft. **Munkirchen.** Vorf.: Johann Zellner, Steinhauer in Grafenmühl (Post Munkirchen.)

Briefkasten.

W. A. Wir haben Deine Angelegenheit einem gewiegten Anwalt unterbreitet, ohne Kenntnis der Akten aber kann auch er eine sichere Rechtsauskunft nicht erteilen. Besten Gruß. — R. Kommt nicht in Frage. — S. Die Anzeige muß laut § 63 des S. U. B. G. binnen drei Tagen erfolgen. Allerdings hat eine spätere Meldung unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls noch Gültigkeit. — (2) Anonyme Zuschriften veröffentlicht werden nicht. — Dichter aus der schlesischen Täpferstadt. Leider nicht verwendbar. Aber Kollege, Du hast Humor, wie Deine Schlussbemerkungen zeigen. — J. 20. Eine Klage wird fruchtlos sein. — Reiffenhausen. Aus prinzipiellen Gründen müssen wir eine diesbezügliche Auskunft ablehnen. Viele Grüße. — R. J. Der gefasste Beschluß war recht ungeschickt. Wo bleibt die Kollegialität. — A. und andere. Daß die Kollegen in den Zahlstellen A., B., C. usw. in Lohnbewegung stehen, veröffentlicht wir aus taktischen Gründen nicht. Den Unternehmern wäre es allerdings sehr angenehm, wenn wir so verfahren würden. — Wenn auch 2—3 Kollegen zureisen, deshalb geht der Erfolg noch nicht zum Teufel. — Ueber die geplanten Lohnbewegungen führen wir den Unternehmern zuliebe, keine öffentliche Liste. — Hardheim. Wurde bloß zurückgestellt. Aber g'schnauzt muß bei Euch sein. Besten Gruß. — E. in B. Müßten wir aus taktischen Gründen ablehnen. Wenn die Kollegen nicht in die Versammlung kommen, dann ist es am besten, wenn ein Votumrecht abgehalten wird. — 100. R. 1. Wenn der Steinmeß beim Steintransport verunglückt, so gibt es eben die Rente, die ihm laut seiner Verdingungsverträge zufließt. Daß Betreffender mit einer Tagelöhnerrente abgespeist wird, ist natürlich unrichtig. 2. Zweifellos muß der Unternehmer, wenn der angegebene Verdienst richtig ist, seinen Arbeiter in die 5. Klasse der Invalidenversicherung anmelden. Besten Gruß.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Achtung, Steinarbeiter von Würzburg u. Umgebung!
Sonntag, den 12. März, vormittags 10 Uhr
Monatsversammlung
im Gasthaus zur blauen Glode.
Es ist wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung Pflicht jedes einzelnen Kollegen, zu erscheinen. Statistiken sind mitzubringen.
Der Einberufer: **And. Göpfert.**

Schürzen Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jodetts, Leder- und Waffeln-Sofen in eigener Anfertigung empfiehlenswert.
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.
Granit-Steinmetzen
auf schleifrechte Arbeit finden sofort Stellung.
Hameler Granitwerk (Mainzer & Co.)
G. m. b. H.
Sammeln bei Hannover.

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
In Crailsheim am 2. März der Kollege Johann Fabian, 38 Jahre alt, an Kehlkopfschwindsucht.
In Deummannsdorf am 3. März der Kollege Joseph Regner, 24 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Geires am 27. Februar der Kollege Johannes Raiser, 44 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Hardheim am 23. Februar der Kollege Vincenz Söhr, 23 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.
In Münden am 21. Februar der Kollege Peter Holzmeier, 51 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Pirna am 3. März der Kollege Karl Ernst Wänig, 47 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Sirgwitz am 2. März der Kollege Friedrich Bormann, 43 Jahre alt, an Rippenfellentzündung.
In Strödel am 27. Februar der Kollege Joseph Döb, 37 Jahre alt, an Gehirnerschütterung.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 10.

Sonnabend, den 11. März 1911.

15. Jahrgang.

Pflastersteinzollrummel.

IX.

Schlussbetrachtung.

Die Hartsteinindustriellen operieren den Steinarbeitern gegenüber mit dem Argument, wenn der Zoll kommt, dann können auch höhere Arbeiterlöhne bezahlt werden. Daran glauben wir nicht. Die liebe Konkurrenz unter den deutschen Steinindustriellen wird — wie bisher — dafür Sorge tragen, daß für die Arbeiter wiederum nichts übrig bleibt. Nur wenn es den Pflastersteinarbeitern mit Hilfe des Zentralverbandes deutscher Steinarbeiter gelingt, Tarifverträge zur Anerkennung zu bringen, dann erst wird die Schmuckkonkurrenz auf ein Minimum reduziert werden können. Die Marmorgeschäftsinhaber haben beispielsweise nicht zu befürchten, daß vom Auslande fertige Steinmeharbeiten und Möbelwaren eingeführt werden, und doch sind die Löhne in der Marmorbranche sehr gering. In den süddeutschen Sandsteinbetrieben werden die Löhne bezahlt, die aller Beschreibung spotten, trotzdem diese Industrie die Auslandskonkurrenz gar nicht zu befürchten hat. Es ist bloß ein geschickter „Blender“, wenn die Unternehmer behaupten, die Schutzzölle würden ohne weiteres höhere Arbeitslöhne bringen. Wenn diese Behauptung richtig wäre, dann müßten die Arbeitslöhne in England und Amerika am niedrigsten sein. Jeder Kollege weiß, daß das Gegenteil richtig ist.

An die höhere Entlohnung, falls der Pflastersteinzoll kommt, glauben wir also nicht, aber allerdings wird eintreten, daß in der Hartsteinindustrie um etliche Tausend mehr Arbeiter Beschäftigung finden würden. Die Unternehmer in Schlesien und Sachsen würden abermals ihre Betriebe vergrößern können, aus landwirtschaftlichen Gegenden, und insbesondere aus dem Auslande, würden frische Arbeitskräfte herangezogen. Und in 3 bis 5 Jahren können wir dann wiederum in den Unternehmerverschickelungen das Lied lesen von der Ueberproduktion an Pflastersteinen und dem schlechten Stand der Hartsteinindustrie. Erlaubt sich der Arbeiter auf Grund des etwaigen Zolles eine Lohnforderung zu stellen, dann heißt es: Ja, die deutsche Konkurrenz ist so groß, daß eine Lohnzulage nicht gewährt werden kann.

In der Nr. 3 Jahrg. 1911 der „Monatsschrift für die Steinbruchsberufsgenossenschaft“ wird beispielsweise darauf verwiesen, daß schon im Jahre 1888 Prismen dritter Klasse nach Berlin frei Depot 13.75 bis 14.70 Mk. pro Quadratmeter kosteten. Heute dagegen zahlt die Stadt Berlin für jene Sorte bloß mehr 8 Mk. Da müssen wir aber schon fragen, warum damals die sächsischen Unternehmer ihre Arbeiter nicht höher entlohnt haben?

Was den deutschen Pflasterstein- und Schotterwerken dringend zugestanden werden muß, sind niedrigere Eisenbahnfrachtsätze. Wenn in dieser Beziehung die Unternehmer wirken wollen, so haben sie auch die Unterstützung der Arbeiter.

Die Steinindustriellen müssen gerade jetzt in scharfer Weise opponieren, daß die geplanten Schiffsfahrtsabgaben nicht Gesetz werden. Wenn die Mehrheit des Bundestrats ihre Wünsche durchsetzen kann, so beim Reichstag, und den Nachbarländern Österreich und Holland, dann wird die deutsche Hartsteinindustrie allerdings empfindlich geschädigt.

Auf den technischen Hoch- und Mittelschulen muß zweifellos der Mineralogie und der Petrographie (Gesteinskunde) mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die genannten technischen Bildungsanstalten besitzen nur in den seltensten Fällen eine vollkommene Sammlung

der deutschen Gesteinsarten. Die Baugewerk- und Tiefbauhörsäle bilden die mittleren Straßenbautechniker aus, aber den Studierenden wird in nur oberflächlicher Weise das Vorhandensein der deutschen Granit-, Diabas- und Basaltgesteine usw. erklärt.

Die Steinindustriellen müssen auch dafür Sorge tragen, daß sie für ihre Erzeugnisse zukünftig bessere Reklame treiben. Wie beschämend war es in dieser Beziehung auf der Allgemeinen deutschen Bauausstellung in Leipzig 1909 bestellt. Was da die deutschen Hartsteinindustriellen in der Ausstellung zeigten, ist kaum der Erwähnung wert. Bei andern Ausstellungen war es daselbe. Wie rühmig sind dagegen die Kunststeinfabrikanten! — Wir haben ganz leistungsfähige Werke, die über einen sehr geschulten Arbeiterstamm verfügen, und somit ganz Vorzügliches vorführen konnten, aber die Scheu vor Ausstellungen ist unter unsern Industriellen eine geradezu ungeheuerliche. Es ist bezeichnend, daß über die umfangreiche deutsche Steinindustrie noch nicht einmal ein erstklassiges literarisches Werk geschrieben ist. Ja, wo sollen sich denn unsere Techniker über die Güte der deutschen Materialien informieren? Es fehlt an übersichtlich angelegten Gesteinsmuseen, und mit der einschlägigen Fachliteratur ist es noch ungünstiger bestellt.

Bei der Erschließung von Steinbrüchen müssen tüchtige Geologen, die ebenfalls die Gesteinsverarbeitung schon eingehend studiert haben, zu Rate gezogen werden. Dadurch, daß oftmals zwar harte, aber sonst für Pflastersteinzwecke sehr ungeeignete Materialien Verwendung finden, wird die deutsche Steinindustrie in ihrem Ansehen empfindlich geschädigt. Die beliebte Methode so vieler Unternehmer, bei erstklassigen Sorten auch minderwertiges Material mit einzuschmuggeln, wurde schon manchem zum Verhängnis. Wenn ein solches Vorgehen zwar nicht strafbar verfolgt werden kann, so wird die Folge sein, daß bei einer späteren Submission solche unlauteren Unternehmer keine Aufträge mehr bekommen. — Es ist der Steinindustrie nicht förderlich, wenn man allen Schund zu Pflastersteinen verwenden will. Die Stadtverwaltungen müssen mit den eingesammelten Steuergrößen ebenfalls wirtschaftlich umgehen und so müssen sie schon verlangen, daß ihre Lieferungen zur Zufriedenheit ausgeführt werden.

Die Steinindustriellen haben auf die Stadtverwaltungen einzuwirken, daß in erster Linie heimisches Pflastersteinmaterial verwendet wird. Wir können es auch nicht begreifen, daß einzelne Städte in Mitteldeutschland meist ausländisches Pflastersteinmaterial bevorzugen. Ganz und gar erst finden auch wir es verwerflich, wenn einige Stadtverwaltungen bei Pflastersteinnlieferungen sogar ausländisches Material vorschreiben.

Als ein großer Mißstand muß es bezeichnet werden, daß viele deutsche Steinbrüche ohne Anwendung gut bewährter maschineller Einrichtungen betrieben werden. Gute Krähne, Bohrmaschinen, Transportgeleiseanlagen usw. fehlen in recht vielen Betrieben.

Notwendig ist ferner, daß sich die Steinindustriellen mehr wie bisher mit ihren Arbeitern über Lohn- und Arbeitszeitfragen verständigen. Nur wenn detaillierte Tarifverträge zum Abschluß gebracht werden, wird die Möglichkeit gegeben, die unlautere Konkurrenz zu besitzigen. In einigen Granitgebieten wurden aber bisher die Arbeiter öfters ausgesperrt, damit die Löhne gekürzt werden konnten. Glücke es, den Arbeitern einen Lohnabzug aufzuoktroinieren, dann wurden die Offerten wiederum billiger gestellt und das Lamento über die schlechte Geschäfts- und Berufslage erscholl mit gekränkter Stimme aufs neue.

Wenn unsere Anregungen Berücksichtigung finden, dann kann uns die schwedische Konkurrenz nicht gefährlich

werden. Es wird dann möglich sein, daß innerhalb kürzester Zeit in Mittel- und Westdeutschland nur mehr heimisches Pflastersteinmaterial verwendet wird.

Die Wandlung der christlichen Gewerkschaftstaktik.

I.

Wer die Entstehungsgeschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung kennt, der wird sich über die Scheitelpolitik und die Doppelzüngigkeit der christlichen Gewerkschaftsführer kaum noch wundern. Die Hintermänner dieser Bewegung verfolgten den Zweck, der modernen Gewerkschaftsbewegung das Wasser abzugraben und alle die christlichen Arbeiter, die ihre Lebenshaltung heben und besonders ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern wollten, an ihre Fahne zu fesseln. Deshalb gebrauchten sie einen schlaun Erid: sie gründeten gewerkschaftliche Organisationen auf christlich-nationaler Grundlage, wobei sie durchschimmern ließen, daß der Kampf um die wirtschaftliche Hebung eigentlich die Hauptsache sei, während Christentum und Patriotismus mehr als Anhängelschild dienen sollten; sie betonten den Arbeitern gegenüber den Kampfcharakter der Gewerkschaften und erklärten, daß sie bei der Vertretung der Arbeiterinteressen auch vor dem rücksichtslosesten Kampfe nicht zurückschrecken würden, den bürgerlichen Kreisen gegenüber hüllte man sich in den arg durchlöchernten Mantel der christlichen Weltanschauung und schimpfte dabei auf den sozialdemokratischen Klassenkampf.

Die Agitationsweise der christlichen Gewerkschaftsführer ist ein sprechender Beweis für den Doppelcharakter resp. für die Charakterlosigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Da man auf das Wohlwollen der lieben Geistlichkeit angewiesen war, drängte man den religiösen Charakter in den Vordergrund und spielte sich auf als ein festes Bollwerk gegen die steigende Flut des Unglaubens, gleichzeitig renommierte man, um sich von der Gnaden Sonne des Staates bescheinen zu lassen, mit der nationalen Gefinnung, und die Treue gegen Kaiser und Reich wurde bei passender und unpassender Gelegenheit als das charakteristische Merkmal eines echten Christen bezeichnet. Und die Spekulation auf die Günst des Bürgerturns wurde dadurch unterstützt, daß man sich als die unbegrenzbare Schutztruppe gegen die unsterbliche Sozialdemokratie gebärdete. Den christlichen Arbeitern aber, denen ein menschenwürdiges Dasein die Hauptsache war, erzählte man, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nirgends tatkräftiger und erfolgreicher vertreten werden könnten, als gerade in den christlichen Gewerkschaften, die in allererster Linie Kampforganisationen seien und sich in der Vertretung proletarischer Interessen von niemandem, von keinem Bischof und keinem Papste, beschränken ließen; um die sozialdemokratische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, nahmen die Herren Führer manchmal den Mund recht voll und renommierten mit ihrem rücksichtslosen Kampfe gegen das ausbeuterische Unternehmertum.

Eine solche Agitationsweise, bei der sich die Macher wie Gierhänger zwischen den verschiedenen Interessengruppen hin und her bewegten, mußte naturgemäß überall Anstoß erregen und in allen beteiligten Kreisen die Kritik herausfordern. Wenn sich die christliche Gewerkschaftsbewegung wie ein in allen Farben schillerndes Chamäleon vor dem geeigneten Publikum produzierte und überall auf Beifall rechnete, so war diese Berechnung falsch, denn von allen Seiten flogen statt der Ruhmeskränze die faulen Eier herbei.

Da erschienen zunächst die „wahren“ Christen auf dem Plane, die darüber ungehalten waren, daß die christlichen Gewerkschaften ein verwaschenes, verschmommenes Christentum verträten, anstatt offen Farbe zu bekennen; sie forderten eine klare Stellungnahme in religiösen Fragen und eine Betonung der christlichen Weltanschauung anstatt einer Hervorhebung der wirtschaftlichen Interessen, vor allen Dingen aber verlangten sie, daß die kirchliche Autorität als die höchste Instanz anerkannt werde, der die Entscheidung über alle Fragen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art zustehet. Und wenn die christlichen Gewerkschaftsführer gegen den Stachel zu läden wagten und den gewerkschaftlichen Charakter sowie die Unabhängigkeit ihrer Organisationen von kirchlichen Einflüssen betonten, so wurden sie von ihren Brüdern in Christo, die die strenge Richtung vertreten, mit ganzen Kübeln duftender Jauche übergossen, wobei die Hirten und Oberhirten ihre gefalteten Häupter schüttelten. Diese Kämpfe um die „richtige“ Organisationsform im Lager

Baukünstlerische Imitationen.

Von Joseph Klische.

Der chronische Niedergang der ehemals so blühenden Elbsandsteinindustrie resultiert bekanntlich aus der Verdrängung des echten Steines durch künstliche Stoffe und durch die Imitation der Fassaden mit allerlei Blendungsmitteln. In unserer Zeit, wo die Imitation sich bis auf die kostbarsten Artikel erstreckt, ist natürlich auch die Baukunst von diesem aus Billigkeitsgründen angewandten Bestreben nicht verschont geblieben und die Nachahmung von Sandstein- und Marmorflächen wird heute durch minderwertige Stoffe in so täuschender Weise bewerkstelligt, daß die Unterscheidung nicht nur dem Laien, sondern vielfach bereits dem Fachmann schwer wird. Die neuen Stoffe hatten aber auch wieder neue Formen zur Folge, so daß die Täuschung in zweifacher Beziehung vor sich gehen konnte.

Wenn in einem modernen Weintunnel ein einfarmer Zecher nach reichlichem Zuspruch philosophische Betrachtungen etwa im Stile des seligen schwäbischen Magisters Wilhelm Hauff anstellt, so wird er nicht nur die lustigen Gestalten des Bremer Ratsherrn vor seinem Geiste sehen, sondern auch die Umgebung aus jener Zeit ist wirklich vorhanden. Ein romantisches oder gotisches Gewölbe bedeckt die stille Klausel und schmale Nischen reihen sich, wenn nicht eine furnierte Holzverkleidung vorhanden ist, an den niedrigen Wänden entlang. Die altbewährte Umgebung, die zum stillen Genießen gehört, scheint somit vorhanden, aber so wenig wie der Stoff im Glase heute mit dem aus Urwäldern etwas gemein hat, so wenig hat es auch die „Steinerne“ Umgebung des Zechers. Die im strengsten Stile durchgeführte Dede mit ihren Graben und Ausläufern hat mit dem massiven Steingewölbe von ehemals nichts weiter gemein, als die äußere Ähnlichkeit. Beim Bau wurde einfach in einer gewissen Höhe von der Balkendecke entfernt ein Drahtnetz gespannt, das unter Zuhilfenahme von Eisenstäben, die an den Balken befestigt wurden, je nach Belieben an den einzelnen Stellen hoch und niedrig gelassen wird. Hat man nun die gewünschte hübsche Lage heraus, so wird das frischwebende Drahtgewebe mit Gipsmörtel verputzt und fein geglättet, worauf der Maler kommt und die nötigen nackten Göttergestalten aufträgt und das romanische oder gotische Gewölbe ist in hochkünstlerischer Formvollendung fertig. Das ist gut und solide, d. h. solange bis etliche Drahtstäbe versagen und dem philosophischen Zecher eine Portion gotisches Gewölbe in den Röhren fällt und ihn aus seinen Betrachtungen aufrüttelt.

Wendet sich dann der Gast mit Grausen von jenem Ort und geleitet seine schwankende Herrlichkeit die Stufen des Kellergehosses hinauf ins Parterre, so wähnt er zuweilen, daß die Stufen nicht genügend Widerstandsfähigkeit besäßen. Doch dieser Gedanke ist unbegründet, im Gegenteil, es sind nicht mehr die alten ausgegetretenen Granitstufen, auf denen Faust und Mephisto in Auerbachs Keller hinauf und hinauf ritten, sondern es ist eine aus Zement und Sand geknetete Masse, die heute wohlgeformt den ehrenwerten Herren als Reitbahn dienen würde. Im Hausflur, welchen der Gast durchschreitet, föhnt ihn wohl die elektrischen Birnen, indem sie die noch in seinem Geiste disputierenden „wölfl“ Apostel völlig verschleuchen, zugleich aber werfen sie ihre lichten Strahlen auf die feingeklebte Wandbekleidung, die ihn von allen Seiten umgibt. Eine elfenbeinschimmernde Marmorherrlichkeit, wie man sie früher nicht gekannt, umgibt ihn hier. Feine Aderungen durchziehen die gleichenden Flächen, wie kostbarer Marmor mutet es an, wo hat man jemals solche Pracht gesehen? Vielleicht beim Kalifen Storch oder in den Gemächern Harun al Raschids im fernen Bagdad, sicher aber nicht im sonst gewiß prunkenden Stuttgarter Rathaus, allwo die Mannen des „Sichtenstein“ fleißig die Weder schwangen und debattierten. Man wähnt sicher, daß es Marmorplatten sind, aus dem Gestein gegagt, poliert und schreibweise angefügt. O nein, wenn der Zufall günstig ist, dann sind es wohl Platten aus Masse, doch auch das ist nur in ganz seltenen Fällen Tatsache. Es ist nichts als ein feines Gipsgipsbrei, der hier zwei bis drei Zentimeter stark die Wände dekoriert. Die angeworfene Masse wird sorgfältig geglättet und zum Schluß mit Del und Tripel und vielfach auch mit andern Flüssigkeiten abgegliffen und poliert. Auch Porphyr und Malachit, zwei ebenfalls sehr edle Gesteinsarten, ahmt man auf diese Weise nach.

Diese Nachahmungen reichen nicht nur an den natürlichen Stein heran, sondern sie übertreffen denselben bei weitem noch. So z. B. läßt sich der echte Bruchmarmor nicht immer nach Wunsch polieren. Sehr häufig finden sich eisenschwarze Adern und andre Unreinigkeiten im Gestein, die in der Farbe von Rosslinien dem Produkt ein sehr unehönes Aussehen geben. Damit haben die künstlichen Stoffe gar nicht zu rechnen, die dunklen Aderungen in dem hellen Gestein sowie die hellen in dem dunklen aber lassen sich in strenger Nachahmung durch Farbe oder Kaiserstoffe mit Leichtigkeit bewerkstelligen. Nicht erreicht durch Imitation wird beim künstlichen Marmor Härte und Dauerhaftigkeit des echten Steines. Aber in der Prachtfaltung im Gips- und Studmarmor hat man gerade in den allerletzten Jahren außerordentliches geleistet.

Durchwachte Zecher pflegen am Morgen erst im Café noch

ihre Schälchen zu trinken. Kleine runde Marmortischchen spenden eine angenehme Kühlung, doch von Marmor ist zumeist nur wenig an den runden Labeltischen zu gewärtigen. Wenn es nicht aus Gips zurechtgeknetete Masse ist, dann sicher ist es aus Marmorabfällen, aus dem Bruch gewonnen. Dieser Bruch und Abfall in der echten Industrie wird fein gemahlen und nachher mit zementhaltigen Bindestoffen zu einem Brei gerührt, geformt, geglättet und zuletzt fein poliert. Wer kann hier den Unterschied zwischen der einen echten und den beiden künstlichen Arten feststellen?

Wie der Gips, so läßt sich auch der Zement vorzüglich im Imitationszwecke gebrauchen. Es soll nicht wenig Leute geben, die, wenn sie an gefälligem Ort sich einen Kauf gebolt, auf dem Heimwege Mutmaßungen über die Architektur der Häuserfronten anstellen. Ein liebender Blick schweift aus manchem Auge über die Fassadenformen. Wie Pirnaer Sandstein mutet da manches an, o weh, und wie vieles davon ist nur eine erhärtete Mischung aus Sand und Zement, die sich hier in den schönsten und gewagtesten Formen ergeht. Auch in bezug auf Wetterfestigkeit kann es die Zementmasse so ziemlich mit dem edleren Gestein aufnehmen. Immermehr verdrängt die Zementornamentierung von Jahr zu Jahr den echten Sandstein. Genau so ergeht es schon seit längerem dem Granit. Wo steht man heute auf den Trottoirs noch Granitplatten? Alles wird aus grobem Sand und Zement verfertigt und ist billig. Auch die echte Steinflöhe, aus Ton gebrannt, die an ehrwürdige Zeiten gemahnt, verschwindet bereits. Die Terrazzofußböden und zahlreiche andre Bodenbekleidungen aus Zement beherrschen bereits den Markt. Allerdings das Herstellen dieser Masse kannten bereits die Söhne Romas in den germanischen Provinzen. Fußböden aus Zementmasse, deren obere Schicht fein geschliffen und poliert ist und in welche sogar Bildwerke wie Tigerhehen, Gladiatorenkämpfe und ähnliche Szenen hineingearbeitet wurden, zeigen uns bereits die Ruinen des vor fast zweitausend Jahren errichteten bekannten Kaiserpalastes zu Trier.

Falsche Weine, falsche Gesteine. Die Billigkeit ist maßgebend. Und billig sind Steinimitationen in der Baukunst im Gegenfatz zu den echten Steinen. Alte Industrien aehen zugrunde, neue blühen auf. Nachahmung und Täuschung ist die Signatur unres Zeitalters. Sogar an der prunkenden Kaiserpalast in Bozen hat man in starkem Maße imitierten Kunststein verwendet, und zwar lediglich aus Billigkeitsrückfichten. Obwohl die Rohstoffquellen noch lange nicht verlegen, hat der Erfindungsgeist des Technikers im Bunde mit der Geschicklichkeit des Arbeiters dem Gewerbe längst künstliche Quellen erschlossen.

der christlichen Arbeiter mit all ihren unangenehmen Begleiterscheinungen sind ja noch in frischer Erinnerung.

Auch Staat und Bürgerium fanden zehnteilig in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein Paar; sie trauten nämlich dem Sanddrücken nicht und sie hielten die christlichen Gewerkschaften für unsichere Heeresbesatzungen, die bei erster bester Gelegenheit desertieren und ins sozialdemokratische Lager abzuwandeln würden.

Der Klasseninstinkt des christlich-nationalen Bürgertums witterte Unrat und zur Bestätigung dieses Verdachts wies man darauf hin, daß in aufgeregten Zeiten, wenn es einmal darauf ankomme, die christlichen und sozialdemokratischen Arbeiter regelmäßig gemeinschaftliche Sache gemacht hätten.

Wir wollen es nicht leugnen: die christlichen Gewerkschaften, diese „verkappten Sozialdemokraten“, hatten den Angriffen aus bürgerlichen Kreisen gegenüber manchmal einen harten Stand, man hat ihnen manchmal sehr böse die Hölle heiß gemacht.

Das ist heutzutage ganz anders geworden und die Kampfesweise der maßgebenden christlichen Gewerkschaftsführer hat eine gründliche Wandlung erfahren.

Alle zwei Jahre kommen bekanntlich durch Wahl bestimmte Kollegen aus den Zahlstellen zu einer Generalversammlung zusammen, um über das Wohl und Wehe unserer Organisation zu beraten.

Aus dem Verbandsleben.

In den Jahren, wo keine Generalversammlung stattfindet, ist es in unserm Verbandsleben üblich geworden, daß der Gesamtvorstand und der Verbandsausschuß eine Konferenz mit den Gauleitern einberuft.

Auch in diesem Jahre machte sich eine Gauleiterkonferenz notwendig, die am 27. und 28. Februar im Volkshaus zu Leipzig stattfand.

Vertreten waren sämtliche Gauleiter, der Gesamtvorstand sowie sämtliche Mitglieder des Verbandsausschusses.

Herdede. Am Sonntag, den 26. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt.

Ein eingehende Schilderung erfolgt im „Steinarbeiter“. — Ferner wurde beschlossen, daß im Laufe dieses Jahres nachdrücklich Agitation betrieben wird, und gewünscht, daß hier und da der Vorstand mit eingreift.

Schöner Erfolg.

Aus Weinsberg und Schwäb.-Hall wird uns geschrieben: Die Firma Hermann Burrett hat in einer großen Reihe württembergischer Orte und in der Pfalz Steinbrüche und Steinhauereien.

Es soll aber an dieser Stelle nicht unterlassen werden, denen ein wohlverdienter Denkmal zu errichten, die es nicht unterlassen konnten, ihren Arbeitsbrüdern in den Klüden zu fallen.

Erwähnenswert ist ferner noch, daß Herr Burrett bereits am 12. Februar an die Unternehmer schwarze Listen versandt hatte mit dem Ersuchen, die verzeichneten Arbeiter nicht einzustellen.

Korrespondenzen.

Herdede. Am Sonntag, den 26. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt.

Aug. Ensfelt, 2. Vorsitzender Joseph Dasing, Kassierer Konrad Kramer, Schriftführer Karl Poppe, Revierführer A. Klaus und Sylvester Lorenzetti.

Leipzig. Die am 1. März im Volkshaus tagende Monatsversammlung besahe sich mit der Proberedung des Normaltarifs.

Seebach (Schwarzwald). Von der Firma Granitwerke Seebach (J. Müller u. E. Ziehe) wird bei der Redaktion brieflich Protest erhoben gegen unsere Behauptung im Artikel „Steinarbeiter“ vom 31. Dezember 1910.

Es ist bisher in der anständigen Presse nicht Sitte gewesen, Angaben der gewöhnlichen Art zu machen und sehen wir uns auch im vorliegenden Falle nicht veranlaßt, von diesem Gebrauche abzuweichen.

Im übrigen liegt die Schuld an der schlampigen Arbeit nicht an den Pflastersteinhauern. Bei der beanstandeten Lieferung waren eine große Anzahl Steine enthalten, die von ungeladenen Arbeitern, die angeliefert werden sollten, herrührten.

Diese Tatsache ist von uns schon wiederholt kritisiert worden, ohne eine Firma dabei besonders zu nennen.

Die Seebacher Granitwerke finden weiter Betanlassung, eine Nichtigstellung zu verlangen.

Dabei ist uns ein unbedeutender Lapsus unterlaufen, die Ziffern für die Bayerische Granitwerke sind verwechselt wiedergegeben.

Behtar. Am 26. Februar fand im Hoferkasten eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung statt.

Gewerbe- und Bauunfallversicherung. Ein leichtverständliches Hand- und Hilfsbuch für Gewerbetreibende, Baumeister und Bauführer, Bautechniker, Bauunternehmer, Werkmeister, Betriebsbeamte und Arbeiter.

Literarisches.

Gewerbe- und Bauunfallversicherung. Ein leichtverständliches Hand- und Hilfsbuch für Gewerbetreibende, Baumeister und Bauführer, Bautechniker, Bauunternehmer, Werkmeister, Betriebsbeamte und Arbeiter.